

Freiheit und Stabilität

Für ein modernes,
weltoffenes und
heimatverbundenes
Bayern

KOALITIONSVERTRAG

für die Legislaturperiode 2023 – 2028



Inhalt

I.	Präambel.....	1
II.	Menschlich, freiheitlich und weltoffen	4
	1. Für unsere Familien	4
	2. Für Schulen, die stark machen fürs Leben	10
	3. Für bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege	16
	4. Für starke Kommunen und lebenswerte Heimat.....	21
	5. Für den Sport.....	24
	6. Für Kunst und Kultur	26
	7. Für ein handlungsfähiges und bürgernahes Europa	28
III.	Schlank, schnell und digital.....	31
	1. Für neuen Schwung und weniger Bürokratie	31
	2. Für eine Digitalisierung, die alle mitnimmt	34
	3. Für eine starke bayerische Wirtschaft.....	37
	4. Für Wissenschaft und Forschung an der Weltspitze.....	42
	5. Für neue Impulse beim Bauen.....	46
	6. Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst.....	49
IV.	Sicher, stark und kraftvoll.....	51
	1. Für gesunde Staatsfinanzen	51
	2. Für eine bürgernahe Justiz	54
	3. Für ein Höchstmaß an innerer Sicherheit	56
	4. Für Humanität, Ordnung und Begrenzung bei der Migration	60
	5. Für einen Schutz vor äußeren Bedrohungen	64
V.	Nachhaltig, modern und zukunftssicher.....	66
	1. Für den Ausbau unserer Heimatenergien.....	66
	2. Für den Schutz von Klima und Umwelt.....	71
	3. Für eine umfassende Mobilität.....	76
	4. Für eine gesunde und hochwertige Landwirtschaft.....	79
	5. Für einen lebendigen Medienstandort	84

I. Präambel

Die Bayernkoalition aus CSU und FREIE WÄHLER setzt ihre Arbeit für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern fort.

Wir können auf fünf erfolgreichen Jahren aufbauen. Bayern liegt in fast allen Bereichen vorne in Deutschland: bei der Sicherheit, bei den Finanzen, auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, beim Ausbau erneuerbarer Energien, in Schule und Bildung sowie der Bewahrung der Schöpfung. Die Menschen leben gerne in Bayern. Wir haben dabei wichtige langfristige Weichen für die Zukunft gestellt: bei Wissenschaft und Technologie, im Kampf gegen den Klimawandel oder beim Artenschutz. Wir haben Bayern gut geschützt und durch große Krisen geführt. Bayern bleibt ein sicherer und zukunftsorientierter Freistaat. Dafür arbeiten wir mit aller Kraft zum Wohl unseres Landes und seiner Menschen.

Dennoch ist die Zeit eine andere als vor fünf Jahren: Internationale Kriege, wirtschaftliche Krisen, Klimawandel und wachsender Extremismus fordern uns heraus. Es ist unser Auftrag, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen – vor Feinden von außen und von innen. Wir treten jeglicher Form von Antisemitismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschlossen entgegen. Im Bewusstsein unserer Geschichte und aus innerster Überzeugung bekennen wir uns zu unserer historischen Verantwortung und den Prinzipien unserer Demokratie. Wir garantieren den Schutz der Menschenrechte und von Minderheiten, wir stärken unsere demokratischen Institutionen und schützen die Presse- und Meinungsfreiheit. Wir stehen ein für eine offene, plurale und freie demokratische Gesellschaft in einem starken Rechtsstaat. Jeder soll in Bayern sein Glück finden können.

Als Bayernkoalition bewahren wir unser einzigartiges bayerisches Lebensgefühl aus Tradition und Fortschritt, das geprägt ist vom Vertrauen in den Einzelnen und einem respektvollen Miteinander aller. Heimat, Familie und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind unverrückbare Pfeiler unseres politischen Handelns. Unser Motto heißt: Leben und leben lassen statt Bevormunden und Verbieten. Wir machen unser Land fit für die großen Veränderungen unserer Zeit, damit wir den Wohlstand der Menschen erhalten und sogar vermehren. Als verlässlicher Partner unserer Bürgerinnen, Bürger

und Kommunen nehmen wir kraftvoll Kurs Richtung 2030. Denn Bayern soll weiter das stärkste Land in Deutschland bleiben – mit unserem Plan für die Zukunft.

Wir setzen auf einen schlanken und schnellen Staat, in dem die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt steht. Freiheit statt Dirigismus – nur mit weniger Bürokratie werden wir international wettbewerbsfähig bleiben und unseren Platz als Wirtschaftsstandort von Weltrang verteidigen. Wir bauen staatliche Regeln ab und neuen unternehmerischen Erfolg auf. Unser Ziel: mehr ermöglichen und weniger verhindern. Die Verwaltung soll noch digitaler werden. Wir wollen, dass der Staat und seine Behörden überall gleich gut erreichbar sind und das Gleiche leisten. Wir wollen den Alltag der Menschen unkomplizierter machen und die Lebensqualität im gesamten Land steigern. Unser Anspruch ist, dass die junge Generation die gleichen Chancen erhält, wie wir sie vorgefunden haben.

Wir setzen auf einen starken und sicheren Staat mit maximalem Schutz für die Gesellschaft bei größter Freiheit für den Einzelnen. Mit einer bestmöglich ausgestatteten Polizei und Justiz schaffen wir Sicherheit und Stabilität. Wir setzen auf eine Migration nach dem Prinzip von Humanität und Ordnung, die sich an dem Maßstab orientiert, wie viel Integration ein Staat leisten kann. Mit unserer Grenzpolizei sind wir bundesweit Vorbild. Wir werden unsere Polizei und Justiz weiter verstärken und investieren auch in anderen Bereichen in eine funktionierende Infrastruktur. Dazu gehört Sicherheit für die Menschen durch ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, gute Pflege, das Versprechen an Familien auf ein gutes Zuhause sowie auf beste Bildung und Betreuung für die Kinder, auch durch neue Lehrkräfte und ein einzigartiges Familiengeld. Zentral ist der Schutz unserer Natur und unseres Klimas. Wir wollen die Menschen beschützen vor Abstieg, Arbeitslosigkeit und Altersarmut.

Wir setzen auf einen sozialen und versöhnenden Staat, in dem wir Gegensätze überwinden, anstatt sie zu betonen. Wir fördern modernste Technologie und erhalten gleichzeitig Kultur, Brauchtum und die einzigartige Kulturlandschaft unserer bayerischen Heimat. Hightech, Naturschutz und bäuerliche Landwirtschaft sind keine Gegensätze, sie gehören zusammen. Modern, nachhaltig und bodenständig – wir wollen ein Bayern, das nach vorne blickt, aber nicht sein Gesicht verliert. Wir lassen

nicht zu, dass Stadt und Land gegeneinander ausgespielt werden. Die Bayernkoalition ist die Klammer zwischen vitalen Zentren und lebenswertem ländlichen Raum. Wir schaffen gleichwertige Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse – immer mit besonderem Blick auf Normalverdiener und die sogenannten kleinen Leute. Denn eine Gesellschaft ist nur so stark, wie sie sich ihrer Schwächeren annimmt. Wir fördern das Ehrenamt, stärken das Vereinsleben und bringen Älteren die gebührende Wertschätzung entgegen, etwa durch ein bundesweit einmaliges Landespflegegeld. Wir tauschen uns eng aus mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbänden.

In diesem Geist setzen wir unsere Koalition fort: fest gegründet auf gemeinsame demokratische Überzeugungen, in vertrauensvoller und beständiger Zusammenarbeit. Optimismus statt Streit, Anpacken statt Wegducken und Vernunft statt Ideologie ist unsere Philosophie. Wir sind zwei Parteien, aber eine Staatsregierung. Wir stehen zu unseren Entscheidungen und vertreten sie gemeinsam nach außen. Auf der Grundlage von Grundgesetz und Bayerischer Verfassung sowie im Bewusstsein unserer christlich-abendländischen Tradition die Zukunft Bayerns in einem friedlichen und geeinten Europa sichern – das ist unser Versprechen an die Menschen im Freistaat.

II. Menschlich, freiheitlich und weltoffen

1. Für unsere Familien

Bayern ist Familienland. Kinder haben in Bayern oberste Priorität und sind unser größter Schatz. Kein anderes Land unterstützt seine Familien so stark wie Bayern. Der Freistaat ist verlässlicher Partner aller Familien und hat seine familienpolitische Unterstützung in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Mit dem bundesweit einmaligen Familiengeld, dem Bayerischen Krippengeld und dem Beitragszuschuss für alle drei Kindergartenjahre profitiert jedes Kind in Bayern von der Krippe bis zur Einschulung. Auf diesem Weg gehen wir konsequent weiter. Familien brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Unterstützung in allen Lebenslagen. Nur so können sie ihre persönlichen Lebensentwürfe verwirklichen und Beruf und Alltag selbstbestimmt und individuell gestalten.

Ganz besonders liegen uns die jungen und die älteren Menschen in Bayern am Herzen. Sie verdienen unseren besonderen Schutz. Wir eröffnen Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten, denn sowohl Jugend wie auch Senioren sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Besonders haben wir diejenigen Jugendlichen und Senioren im Blick, die unter erschwerten Bedingungen leben oder den gesellschaftlichen Anforderungen alleine noch nicht oder nicht mehr gewachsen sind. Wir wollen faire Chancen und Mitwirkung für alle.

Wir vereinbaren daher:

Wir führen die bundesweit einmalige bayerische Familiengarantie auch in dieser Legislaturperiode mit dem Bayerischen Familiengeld fort. Mit dem Bayerischen Krippengeld und dem Beitragszuschuss in Höhe von bis zu 100 Euro pro Monat während der gesamten Kindergartenzeit entlasten wir auch weiterhin Eltern, die sich für Betreuungsangebote entscheiden.

Wir bauen die Angebote der Kindertagesbetreuung weiter kräftig aus. Bis 2028 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen insgesamt rund 180.000 neue Plätze schaffen, davon 50.000 für Kinder unter sechs Jahren und 130.000 für Grundschul Kinder. So halten wir unser Ganztagsversprechen und unterstützen die Kommunen tatkräftig

bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt benötigen Eltern oft flexibel anpassbare Angebote. Daher sollen Angebote mit flexiblen Kinderbetreuungszeiten ausgebaut werden. Auch die Inklusion in Kindertageseinrichtungen wollen wir ausweiten und vertiefen.

Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel auch in den sozialen Berufen bemerkbar. Wir wollen die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter verbessern und mehr qualifiziertes Personal anwerben. Dazu entwickeln wir das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz weiter.

Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger sollen sich stärker auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können. Daher entlasten wir das pädagogische Personal durch mehr Assistenz- und Teamkräfte. Wir verdoppeln die Zahlen in der nächsten Legislaturperiode.

Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg und zur Integration. Daher führen wir die Förderung von Sprach-Kitas als Landesprogramm fort.

Um bei allen Kindern ausreichende Deutschkenntnisse bis Schulbeginn sicherzustellen, führen wir verpflichtende Sprachstandserhebungen vor dem letzten Kindergartenjahr ein. Kinder mit festgestellten sprachlichen Defiziten sollen verpflichtend einen Sprachkurs besuchen.

Wir wollen den Erzieherberuf sowie den Beruf der Heilerziehungspflege attraktiver gestalten. Dazu wollen wir die Ausbildungsbedingungen und die Bezahlung nachhaltig verbessern. Wir setzen uns für eine höhere Ausbildungsvergütung ein und werden die Sozialbereiche durch Erhöhung des Pflegebonus für Berufsfachschulen umfassend vom Schulgeld befreien. In den Bereichen Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik schaffen wir 200 neue Studienanfängerplätze und wollen die Studienstandorte weiter ausbauen. Ausländische Bildungsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen.

Arbeit und Soziales

Wir wollen ein Bayern, das zusammenhält und verbindet. Ein starkes gesellschaftliches Miteinander mit einem starken und stabilen Netz und dem unermüdlichen Engagement aller Ehren- und Hauptamtlichen für all diejenigen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind, ist die Stütze unserer Gesellschaft. Dies gilt besonders in Zeiten von Krisen und großer Verunsicherung.

Bayern ist Chancenland für alle. Bayern steht für Toleranz, Hilfsbereitschaft und Offenheit. Alle Menschen in Bayern sollen frei, selbstbestimmt und angstfrei miteinander leben, lernen und arbeiten können – unabhängig von Alter, Herkunft, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Bayern ist ein Schutzraum für alle, die Hilfe brauchen, und ein Bollwerk gegen Hass, Diskriminierung und Antisemitismus. Demokratiefeindlichkeit und Extremismus gleich welcher Art haben hier keinen Raum.

Ein guter und sicherer Arbeitsplatz ist die beste Sozialversicherung. Er ist entscheidend für eine auskömmliche Rente und die wirkungsvollste Armutsprävention. Gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sind gleichzeitig ein Schlüssel im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Ein stabiler Arbeitsmarkt ist das Fundament unseres Wohlstandes. Die Suche nach qualifizierten Arbeitskräften ist jedoch eine der drängendsten aktuellen Herausforderungen für bayerische Unternehmen. Daher wollen wir gemeinsam mit unseren Unternehmen und Betrieben alle Anstrengungen anstellen, um qualifizierte Fachkräfte auszubilden, aus dem In- und Ausland anzuwerben und passgenau und unbürokratisch in Arbeit zu vermitteln.

Wir vereinbaren daher:

Wir wollen das soziale Miteinander in Bayern nachhaltig stärken und den gemeinsamen Dialog fördern. Wir werden besonders den generationenübergreifenden Austausch stärken. Wir werden generationenübergreifende Wohnformen ausbauen und Mehrgenerationenhäuser und Wohnprojekte fördern. Die Kommunen werden wir bei der quartiersbezogenen Seniorenarbeit und beim Ausbau seniorengerechter, barrierefreier Wohnstrukturen unterstützen.

Wir stärken das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt. Sie sind unverzichtbare Bestandteile und Stützen einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft. Die bestehenden Formen der Anerkennung und Unterstützung wie die Bayerische Ehrenamtskarte, die Bayerische Ehrenamtsversicherung und den Bayerischen Ehrenamtspreis werden wir fortführen. Wir fordern vom Bund höhere Steuerfreibeträge für Vereine. Auf Bundesebene unterstützen wir den Bundesfreiwilligendienst.

Wir gehen entschlossen gegen alle Formen der Armut vor. Daher werden wir die Tafeln, Tische und Bahnhofsmissionen in Bayern noch stärker finanziell unterstützen. Wir wollen auch das Hilfsangebot für wohnungs- und obdachlose Personen erweitern und den Aktionsplan „Hilfe bei Obdachlosigkeit“ weiter ausbauen. Mit der Stiftung Obdachlosenhilfe werden wir weiterhin innovative Projekte zur nachhaltigen Unterstützung fördern.

Wir wollen die Inklusion in allen Bereichen weiter vorantreiben und Barrieren in der Lebenswelt und in den Köpfen weiter abbauen. Inklusion soll von der Kita über Schule, Ausbildung, Beruf und Wohnen noch mehr gelebter Alltag werden. Dafür ist Barrierefreiheit essenziell. Sie ist eine Daueraufgabe, die durch eine bayerische Fachstelle für Barrierefreiheit am Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales unterstützt werden soll.

Im Lauf der Legislaturperiode streben wir den Einstieg in ein Bayerisches Gehörlosengeld an.

Wir bekennen uns zu den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und deren finanzieller Absicherung.

Wir arbeiten dafür, dass alle Menschen in Bayern ohne Angst, frei und selbstbestimmt leben können. Wir verstärken den Einsatz des Landes gegen Diskriminierung und für eine offene Gesellschaft. Jeder soll in Bayern frei von Diskriminierung leben können, unabhängig von Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung, Herkunft oder Behinderung. Wir stärken unsere Beratungsangebote für Menschen, die Diskriminierungen ausgesetzt sind, beispielsweise queere Personen. Dazu entwickeln wir eine bayerische Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung und setzen diese konsequent

um. Die Sensibilisierung an Schulen und der Polizei setzen wir ebenso wie das Online-Meldeverfahren für Hate Speech fort.

Jede Person, die Gewalt gleich welcher Art erfahren hat, soll schnell und unkompliziert Hilfe und Unterstützung erhalten. Hierfür setzen wir konsequent das Konzept „Bayern gegen Gewalt“ um und stärken es, insbesondere im Bereich geschlechtsspezifischer Gewalt, etwa Frauenhäuser.

Das Selbstbestimmungsgesetz des Bundes lehnen wir ab.

Das Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung werden wir auch weiterhin aufrechterhalten. Denn das Schicksal unserer Heimatvertriebenen dürfen wir niemals vergessen und es muss uns stets Mahnung sein. Das Sudetendeutsche Museum und das Haus der Heimat sind dafür Leuchtturmprojekte der bayerischen Kulturlandschaft und lebendige Orte des Dialogs. Die Spätaussiedler- und Vertriebenenverbände sind zudem Botschafter für Frieden und Miteinander. Wir unterstützen die Kultur- und Geschichtspflege der Deutschen aus Russland durch die Errichtung eines Kulturzentrums für die Deutschen aus Russland in Nürnberg.

Arbeit muss sich lohnen. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Daher lehnen wir das leistungsfeindliche Bürgergeld ab und werden uns auf Bundesebene für den Erhalt von Anreizen zur Arbeitsaufnahme einsetzen. Um Arbeitssuchende weiterhin wirksam in Arbeit zu vermitteln, setzen wir uns beim Bund für eine bessere Mittelausstattung der Jobcenter ein.

Die Rente muss auskömmlich sein. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss sein Leben im Alter selbstbestimmt ohne staatliche Unterstützung führen können. Familienensorgearbeit in Form von Kindererziehung oder Pflegezeit muss bei der Rente angemessene Berücksichtigung finden. Unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes sollen drei Jahre Kindererziehungszeit (Mütterrente III) anerkannt werden. Auch Pflegezeiten von nicht erwerbsmäßig Pflegenden, wie z.B. pflegende Angehörige, müssen besser angerechnet werden.

Gemeinsam mit den bayerischen Unternehmen wollen wir einen intensiven Dialog zur Zukunft der Arbeit führen und die notwendigen Weichen stellen. Wir wollen eine

familienfreundliche und flexiblere Arbeitswelt und Arbeitszeit und werden die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und bürgerschaftlichem Engagement weiter stärken. Das Elterngeld auf Bundesebene soll in bisheriger Form erhalten bleiben.

Wir wollen die bayerischen Arbeitsplätze und die damit verbundene Wertschöpfung in Bayern erhalten. Den Fachkräftebedarf wollen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft mit qualifiziertem Personal aus dem In- und Ausland decken.

Die Berufseinstiegsbegleitung für die berufliche Integration von Jugendlichen wollen wir fortsetzen.

2. Für Schulen, die stark machen fürs Leben

Bayern ist Bildungsland. Der Freistaat hat in den vergangenen Jahren mehr als jeden dritten Euro in Bildung investiert, pro Schüler mehr als alle anderen Flächenländer. Das bayerische Bildungssystem zeichnet sich durch seine Vielfalt an Bildungswegen und eine hohe Durchlässigkeit aus. Bayerische Schülerinnen und Schüler belegen regelmäßig Spitzenplätze in nationalen Bildungsrankings. Nicht umsonst sind die Bayerinnen und Bayern im Ländervergleich hochzufrieden mit ihrem Schulsystem. Diesen Erfolgsweg gehen wir konsequent weiter und bauen ihn aus. Dazu werden wir die Unterrichtsversorgung mit qualifizierten Lehrkräften sicherstellen und die modernen, digital vollausgestatteten Schulen der Zukunft weiter vorantreiben. Im Vordergrund stehen bei uns die Schülerinnen und Schüler, die wir stärker individuell und entsprechend ihrer individuellen Begabungen empathisch fördern möchten.

Wir vereinbaren daher:

Bayern soll auch in Zukunft führendes Bildungsland in Deutschland bleiben. Die Schule wollen wir als Ort der Demokratie- und Wertevermittlung und Berufsorientierung stärken. Wir wollen die aktive Befassung mit unseren Verfassungswerten stärken. Hierzu führen wir eine „Verfassungsviertelstunde“ als wöchentliches Format ein, in der anhand von praktischen Beispielen über die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz sowie die dort verankerten Grundsätze diskutiert wird.

Wir halten an unserem bewährten gegliederten Schulsystem fest. Wir wollen die Vielfalt der Talente fördern und jedem Kind die passende Schulbildung bieten. Einheitschule und Einheitslehrer lehnen wir ebenso ab wie eine stärkere Einmischung des Bundes in unsere Bildungspolitik. An dem Unterricht nach Schulfächern, dem Lernen im Klassenverband und dem Prinzip der Leistungsbewertung durch Noten halten wir fest. Die Durchlässigkeit des bayerischen Bildungssystems wollen wir noch weiter stärken.

Engagierte und gut ausgebildete Lehrkräfte sind das Rückgrat unseres Schulsystems. Über 100.000 Lehrkräfte sind beim Freistaat inzwischen verbeamtet oder unbefristet angestellt. Wachsende Schülerzahlen aufgrund von steigenden Geburten-

zahlen und hohem Zuzug erfordern in den nächsten Jahren jedoch noch mehr qualifizierte Lehrkräfte. Wir werden daher bis 2028 9.000 neue Stellen im Schulbereich schaffen: 6.000 neue Lehrerstellen und 3.000 neue Stellen für multiprofessionelle Unterstützungskräfte, wie zum Beispiel Verwaltungsangestellte, Sozialpädagogen und Schulpsychologen. Damit stellen wir die Unterrichtsversorgung und weitere Verbesserungen sicher.

Lehrerinnen und Lehrer prägen die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und damit die gesamte Gesellschaft. Wir möchten daher den Lehrerberuf und die Lehrerausbildung noch attraktiver gestalten, um wieder mehr Schulabsolventen für den Schuldienst zu begeistern. Der Freistaat nimmt bei der Bezahlung im Ländervergleich schon jetzt einen Spitzenplatz ein. Diesen bauen wir aus. Wir führen die Eingangsbesoldung A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte bis 2028 ein und streben die vollständige Umsetzung schrittweise bereits bis 2027 an. Für die übrigen Lehrämter streben wir die Verbesserung der Aufstiegschancen durch Stellenhebungen an. Für heilpädagogische Förderkräfte bieten wir einen Weg zur Weiterqualifikation zu sonderpädagogischen Fachlehrkräften.

Lehrkräfte wollen wir, wo immer möglich, von Verwaltungsaufgaben entlasten, damit sie sich voll auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren und die Schülerinnen und Schüler empathisch und individuell unterrichten können. Dazu wollen wir, neben der Einstellung von mehr Unterstützungskräften, die Bürokratie in der Schulverwaltung abbauen, Digitalisierung vorantreiben, schlankere Strukturen schaffen und den Schulen mehr Eigenverantwortung ermöglichen.

Wir wollen die Ausbildung für unsere Lehrkräfte weiterentwickeln und noch attraktiver gestalten, indem wir Praxisphasen intensivieren, die Flexibilität beim Lehramtsstudium weiter ausbauen und den Inklusionsgedanken stärken. Hierzu hat eine Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung bereits die Arbeit begonnen. Wir wollen, dass künftige Lehrkräfte ihr Studium in der Heimat absolvieren und anschließend auch dort unterrichten können. Dafür prüfen wir zusätzliche wohnortnahe Studienmöglichkeiten, vor allem dort, wo Lehrkräfte besonders gebraucht werden.

Die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung führen wir fort und entwickeln sie weiter. Außerbayerische Lehramtsabschlüsse und andere Studienabschlüsse wollen wir leichter anerkennen.

Wir unterstützen die Kommunen tatkräftig bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter.

Kleinere Schulstandorte wollen wir erhalten. Wir unterstützen die Kommunen auch weiterhin bei ihren Investitionen in moderne Schulen und wollen für eine bedarfsgerechte Mittelausstattung sorgen. Auch die Schullandheime werden wir bedarfsorientiert bei ihren Investitionskosten unterstützen.

Wir wollen das System der Schülerbeförderung auf den Prüfstand stellen und insbesondere klären, inwieweit allen Schülerinnen und Schülern der Zugang zum verbilligten Deutschlandticket ermöglicht werden kann.

Schulen privater Träger stellen mit ihren Angeboten eine wichtige Ergänzung zu den öffentlichen Schulen dar. Dazu sind zahlreiche Verbesserungen in der Privatschulfinanzierung auf dem Weg.

Wir wollen die digitale Schule und den digitalen Unterricht von morgen weiter kraftvoll vorantreiben. Bayern ist schon jetzt deutschlandweit führend bei der Digitalisierung an Schulen. Mittlerweile über 1 Mrd. Euro Landesmittel haben wir schon in den digitalen Wandel an bayerischen Schulen investiert. Bis spätestens 2028 sollen sukzessive alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Wir stellen Mittel bereit, um die Beschaffung mobiler Endgeräte durch die Erziehungsberechtigten an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zu bezuschussen. Im Grund- und Förderschulbereich vergrößern wir den Pool an digitalen Leihgeräten. Wir wollen die Medienbildung und informatische Bildung in den Fachlehrplänen aller Schularten weiter stärken.

Den Einsatz digitaler Schulbücher wollen wir ausweiten und das Potential, das diese Medien bieten, umfassend nutzen. Zugleich halten wir an der hohen fachlichen Qualität von Lernmitteln und deren Übereinstimmung mit den bayerischen Lehrplänen fest und verankern entsprechende Standards.

Künstliche Intelligenz wird auch im Bildungsbereich Veränderungen mit sich bringen. Lehrkräfte wollen wir noch stärker im Einsatz digitaler Medien und neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz aus- und fortbilden, um künftige Aufgaben und Prüfungsformate im Zusammenhang mit KI zu erproben.

Mit der BayernCloud Schule stellen wir unseren Schulen digitale Kommunikations- und Kollaborationsanwendungen zur Verfügung.

Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel für gelingende Bildung und Integration. Wir werden sicherstellen, dass wirklich jedes Kind in jedem Alter je nach Sprachkenntnissen das passende Unterstützungsangebot erhält, sei es durch ein verpflichtendes Vorschuljahr oder bei älteren Kindern durch den Besuch einer Sprachklasse. Die Entscheidung darüber soll, anders als bisher, ausschließlich bei der Kita bzw. der Schule liegen. Wir werden gemeinsam mit Kommunen und Lehrerverbänden ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Das bewährte Konzept der Deutschklassen und des Vorkurses Deutsch führen wir ebenso fort wie die bewährten Unterstützungsangebote für aus der Ukraine geflüchtete Kinder und Jugendliche.

In der Grundschule wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Vermittlung der Basiskompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen und Textverständnis) legen.

Jedes Grundschulkind soll verlässlich Schwimmen können. Wir werden daher das Schulschwimmen als Teil des Schulsports weiter stärken, den Schwimmunterricht in Vereinen ausbauen und in der 1. Klasse eine dritte Sportstunde anbieten.

Alltagskompetenzen leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer umfassenden schulischen Persönlichkeitsentwicklung und sollen deshalb im Rahmen eines Schulfachs vermittelt werden.

Damit Kinder und Jugendliche noch mehr individuelle Unterstützung bei schulischen und persönlichen Problemen und psychosozialen Belastungen erfahren, bauen wir die Jugendsozialarbeit an Schulen gemeinsam mit den Kommunen kraftvoll aus. Entsprechende Angebote soll es zukünftig an allen Schularten und wenn möglich auch an allen Schulen geben.

Wir führen den bayerischen Weg der Inklusion fort und werden die Inklusion an den bayerischen Schulen stärken. Dazu gehört insbesondere die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen. Daneben stärken wir unsere acht inklusiven Regionen im Freistaat.

Wir stärken die berufliche Orientierung an Schulen noch weiter. Die sechsstufige Wirtschaftsschule wollen wir erproben.

Die Kirchen haben eine unverzichtbare Bedeutung für die Vermittlung der Werte, die unserem Zusammenleben zugrunde liegen. Wir stehen daher zu den Kirchen und wollen den Dialog mit ihnen und mit Glaubensgemeinschaften und religiösen Vereinigungen fortsetzen und ausbauen. Pläne für eine Ablösung der an die Kirchen gezahlten Staatsleistungen lehnen wir ab.

Wir arbeiten aktiv gegen das Vergessen – mit der Umsetzung des Gesamtkonzepts Erinnerungsarbeit bewahren wir das Andenken, um für die Zukunft daraus lernen zu können. In Zeiten zunehmender Radikalisierung an den Rändern der Gesellschaft kommt der Verteidigung der Demokratie als Grundlage unserer Freiheit und unseres Wohlstands gesteigerte Bedeutung zu. Wir werden deshalb die Demokratie- und Wertebildung an allen Schularten weiter stärken. Insbesondere werden wir das „Gesamtkonzept Erinnerungskultur“ fortentwickeln und gemeinsam mit den Gedenkstätten, der Wissenschaft und den Opferverbänden neue Erinnerungsformate entwickeln. Jede Schülerin und jeder Schüler sollen im Laufe seiner Schulzeit mindestens eine KZ-Gedenkstätte oder vergleichbare Einrichtung der Erinnerungskultur zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus besuchen.

Wir führen unsere Unterstützung für das neue Zentrum für jüdisches Leben fort und setzen damit ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus und für Erinnerungskultur:

Die finanzielle Förderung der Europäische Rabbinerkonferenz (CER) beim Ausbau des Hauptsitzes in München ist uns ein besonderes Anliegen.

Das Existenzrecht Israels ist bayerische Staatsräson. Wir bekennen uns zum besonderen Schutzauftrag des Freistaats für jüdisches Leben in Bayern. Wir werden erneut einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus berufen und das Gesamtkonzept „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ konsequent umsetzen und weiterentwickeln.

3. Für bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege

In Bayern lebt man lange und gesund. Dies wäre nicht möglich ohne den unermüdlichen Einsatz all derer, die tagtäglich Kranke und Pflegebedürftige in Krankenhäusern, Praxen, Pflegeheimen und zu Hause versorgen und betreuen. Sie wollen wir nachhaltig unterstützen und entlasten.

Dabei ist klar: Die bestmögliche medizinische Versorgung darf kein Privileg der Ballungsräume und keine Frage des Einkommens sein. Wir stehen für ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitssystem, das die Bürgerinnen und Bürger auf dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik versorgt. Einer Zwei- oder Mehrklassenmedizin erteilen wir eine Absage. Wir stehen zu gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Eine Einheitsversicherung lehnen wir ab. Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem ländlichen Raum, in dessen Kliniken bereits heute rund 60 % der Krankenhausinvestitionen fließen. Das wird auch in Zukunft so sein.

Wir vereinbaren daher:

Wir investieren weiterhin kräftig in eine zukunftsfähige, hochwertige und möglichst wohnortnahe bayerische Krankenhausinfrastruktur. Wir wollen unsere Krankenhausstrukturen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Die bisherige Rekordförderung erhöhen wir bedarfsgerecht in den nächsten fünf Jahren auf 1 Mrd. Euro (Krankenhausmilliarde). Damit wird es in Bayern, anders als in vielen anderen Bundesländern, auch weiterhin keinen Investitionsstau geben. Wie bisher wird ein Großteil der Investitionsmittel in Krankenhäuser im ländlichen Raum fließen.

Daneben unterstützen wir die bayerischen Krankenhäuser gezielt bei der Bewältigung des Strukturwandels. Im Zuge dessen fordern wir den Bund dazu auf, unverzüglich den kalten Strukturwandel im Gesundheitswesen zu stoppen. Gerade kleinere Krankenhausstandorte im ländlichen Raum sind – nicht zuletzt aufgrund der geplanten Krankenhausreform des Bundes – besonders gefordert. Daher setzen wir das Förderprogramm für kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum zur Bewältigung des Strukturwandels in Höhe von 100 Mio. Euro für fünf Jahre fort.

Wir setzen uns weiterhin auf Bundesebene für eine Abschaffung des DRG-Systems in seiner aktuellen Form ein. Zeitgleich setzen wir uns für eine leistungsgerechte Bezahlung ärztlicher Leistungen durch die Abschaffung der Budgetierung und eine Reform der Bedarfsplanung ein. Auf Bundesebene wollen wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass bewährte Versorgungsstrukturen aufrechterhalten und Länderkompetenzen gewahrt werden. Die Grund- und Notfallversorgung muss auch künftig im ganzen Land gesichert bleiben. Daher setzen wir uns für einen weiten Handlungsspielraum der Länder bei der anstehenden Krankenhausreform, eine langfristig auskömmliche, nachhaltige Krankenhausfinanzierung und die Weiterführung der bayerischen Krankenhausplanung unter Einbezug des stationären und ambulanten Bereichs, des Rettungswesens, der Leistungsträger und der Landkreise ein.

Wir gewährleisten weiterhin beste medizinische und pharmazeutische Versorgung im ganzen Land. Für uns ist die Freiberuflichkeit von zentraler Bedeutung. Investorengeführte Medizinische Versorgungszentren wollen wir massiv beschränken. Landarztprämie, Landarzt- und perspektivisch Facharztquote im Medizinstudium und das Stipendienprogramm für Medizinstudierende bieten wichtige Anreize, qualifiziertes ärztliches Personal nachhaltig für den ländlichen Raum zu gewinnen, und haben sich bewährt. Wir werden sie fortführen und weiterentwickeln. Um eine flächendeckende Notfallversorgung sicherzustellen, legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Gewinnung und Ausbildung von Notärzten und Notfallsanitätern sowie die Stärkung der Notfallambulanzen und Rettungsleitstellen.

Zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Geburtshilfe führen wir den Hebammenbonus, die Niederlassungsförderung, das Zukunftsprogramm Geburtshilfe und die Akademisierung der Hebammenausbildung fort. Ebenso soll die Einrichtung von hebammengeleiteten Geburtsstationen geprüft werden. Eine besonders wichtige Rolle spielt auch die Kinder- und Jugendmedizin.

Auch Arzneimittel und Medizinprodukte, insbesondere Antibiotika, müssen ständig und verlässlich im ganzen Land verfügbar bleiben. Wir wollen Apotheken im ländlichen Raum erhalten und Nachwuchs sichern. Den Versandhandel für rezeptpflichtige

Arzneien lehnen wir ab. Beim Bund setzen wir uns für größere Autarkie und mehr eigene Produktion in Deutschland und Europa ein. Den Pharmastandort Bayern wollen wir stärken, die bisherigen Initiativen führen wir fort.

Wir stärken die Rehabilitationseinrichtungen in Bayern und fordern vom Bund deren ausreichende Finanzierung ein.

Seit 2019 haben wir die Weichen für 2.700 neue Medizinstudienplätze in Bayern gestellt. Die Medizinstudienplätze werden wir auch in den nächsten Jahren weiter ausbauen.

Hightech und Herz gehen bei uns Hand in Hand. Bayern ist Vorreiter bei der Digitalisierung in Gesundheit und Pflege. Mit der Highmed und Highcare Agenda fördern wir Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Zukunftstechnologien in der medizinischen Versorgung.

Wir setzen außerdem auf die Nutzung von Gesundheits- und Pflegedaten für Forschung, Innovation und Versorgung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz unter Wahrung der Datensouveränität der Patienten.

Langfristige Gesundheit lebt von guter Prävention und Aufklärung. Dies gilt besonders in unserer alternden Gesellschaft. Ein eigenverantwortlich gesunder Lebensstil erfordert entsprechendes Wissen und Sensibilisierung. Daher werden wir einen Masterplan für Prävention und Gesundheitsförderung auflegen.

Die Prävention bei psychischen Erkrankungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, und die Suizidprävention werden wir weiter ausbauen. Die etablierten Krisendienste für Menschen in psychischen Notlagen führen wir fort.

Die Suchtprävention werden wir weiter intensivieren. Eine Cannabis-Legalisierung lehnen wir strikt ab. Besonders für Jugendliche bedeutet Cannabis-Konsum eine erhebliche Gesundheitsgefahr. Wir werden alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit es in Bayern keine Modellregion für Cannabis gibt.

Besonderes Augenmerk wollen wir auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels legen, insbesondere für Seniorinnen und Senioren, Kinder und Herz-Kreislauf-Vorerkrankte. Die Forschung, Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen, Bürgern und Kommunen, etwa bei der Erstellung von Hitzeschutzplänen, bauen wir aus.

Wir setzen uns für den Schutz ungeborenen Lebens ein. Ein Schwangerschaftsabbruch ist jedoch keine rein medizinische Frage. Schwangere brauchen in dieser schwierigen Lebenssituation Beistand und Beratung. Deshalb fördern wir weiterhin staatlich anerkannte Schwangerenberatungsstellen.

Die Pflegestruktur in Bayern bauen wir stärker aus. Bis 2028 sollen weitere 8.000 Pflegeplätze geschaffen werden.

Wir stemmen uns gegen überbordende Bürokratie und schaffen wo immer möglich Öffnungsklauseln und Erprobungsmöglichkeiten für flexible Lösungen und neue Modelle.

Wir streben die enge Verzahnung von Medizinischem Dienst und Heimaufsicht zur Vermeidung von Doppelstrukturen an und prüfen deren Zusammenlegung.

Die Strategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern“ werden wir mit Blick auf wohnortnahe, passgenaue Versorgungsstrukturen weiterentwickeln. Die häusliche Pflege in den Kommunen stärken wir durch den Einsatz von Gemeindeschwestern. Die Unterstützung pflegender Angehöriger ist uns ebenso ein wichtiges Anliegen wie die bestmöglichen Voraussetzungen für ein Altwerden in der Heimat und das Programm Pflege-SoNah.

Das Bayerische Landespflegegeld ist bundesweit einmalig, seit seiner Einführung haben über 420.000 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen davon profitiert. Wir führen das Landespflegegeld fort.

Pflegerinnen und Pfleger sind eine der wichtigsten Stützen unserer Gesellschaft. Wir wollen den Pflegeberuf attraktiver machen und mehr qualifizierte Fachkräfte in Pflegeberufe bringen. Dafür wollen wir die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte nachhaltig verbessern und mehr bezahlbaren Wohnraum für Pflegekräfte schaffen. Pflegekräfte brauchen verlässliche Dienstpläne und Erholungszeiten. Daher führen wir das Modellprojekt zur Erprobung von Springerkonzepten in der Langzeitpflege fort und erproben weitere neue Ansätze. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Steuerfreiheit von Zulagen für Pflegekräfte und die Begrenzung von Leiharbeit in der Pflege ein.

Wir wollen eine weitere Stärkung der Unabhängigkeit der Vertretung des Pflegeberufsstands.

Wir wollen mehr motivierte Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen und werden die Anerkennungsverfahren weiter beschleunigen. Das Modellprojekt „Fast Lane“ für effiziente Schnellverfahren bei berufs- und aufenthaltsrechtlicher Anerkennung für Pflegekräfte führen wir fort.

Wir wollen eine würdevolle Begleitung bis an das Lebensende. Daher bauen wir die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung weiter aus und wollen auch eine palliative Betreuung zu Hause und in stationären Pflegeeinrichtungen etablieren. Jede Form der organisierten und geschäftsmäßigen Sterbehilfe lehnen wir ab, sie ist unvereinbar mit der Würde der Person.

4. Für starke Kommunen und lebenswerte Heimat

Bayern ist eine starke Heimat auch dank starker Kommunen mit eigenem Gestaltungsspielraum. Sie lebt von ihren urbanen Zentren wie auch vom ländlichen Raum. Hier verbinden sich attraktive Städte und Gemeinden, Schönheit der Natur, kultureller Reichtum und Wirtschaftskraft. Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land bleiben auch weiterhin zentrale Leitbilder unserer gemeinsamen Arbeit. Wir wollen in allen Regionen Bayerns in der Stadt und auf dem Land für gleiche Chancen sorgen. Der Erfolg gibt uns Recht: Die Einwohnerzahl im ländlichen Raum steigt stetig, die Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind historisch niedrig. Neben den großen Aufgaben des Klimawandels und der Demografie rückt die Sicherung der Energieversorgung besonders in den Fokus. Bei allen Herausforderungen bleibt Bayern ein starker Partner an der Seite seiner Kommunen und Regionen. Nur gemeinsam können wir unsere bayerische Heimat erfolgreich gestalten. Bayerns Bürgermeister und Landräte genießen hohes Vertrauen der Bevölkerung und sind entscheidende Akteure, um das Funktionieren unseres Staates zu garantieren. Eine enge Abstimmung der Landespolitik mit den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ist uns wichtig.

Wir vereinbaren daher:

Die bayerischen Kommunen nehmen im Ländervergleich insbesondere dank der massiven Unterstützung durch den Freistaat seit vielen Jahren eine Spitzenposition ein. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich und die sonstigen Leistungen an die Kommunen auch in Zukunft auf hohem Niveau fortführen und damit für eine angemessene Finanzausstattung sorgen. Die Grundsteuerreform wird sich ab dem Jahr 2027 auch auf den kommunalen Finanzausgleich auswirken. Die sich daraus ergebenden Änderungen werden wir in den kommunalen Finanzausgleich einpassen und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden überprüfen, ob darüber hinaus weitere Änderungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich sind.

Die Kommunen wollen wir auch bei der Sanierung ihrer Schwimmbäder durch die Fortführung des Sonderprogrammes zur Förderung kommunaler Schwimmbäder weiterhin kraftvoll unterstützen.

Um den bayerischen Kommunen beschleunigte Investitionen in ihre Infrastruktur, vor allem Kitas und Schulen, zu ermöglichen, werden wir die hierfür vorgesehenen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen. Dies ist ein zusätzlicher Schub für die Kommunen als wesentliche Träger öffentlicher Baumaßnahmen.

Weiterhin werden wir auf eine gute personelle Ausstattung in den Verwaltungen vor Ort achten, insbesondere um bei aktuell gesellschaftlich hochrelevanten Themen wie etwa dem Ausbau Erneuerbarer Energien gut aufgestellt zu sein.

Damit unsere Kommunen den vielfältigen Herausforderungen gewachsen bleiben, haben wir mit der Kommunalrechtsnovelle 2023 bereits wichtige Maßnahmen zur Stärkung ihrer Leistungs- und Funktionsfähigkeit auf den Weg gebracht. Wir werden auch in Zukunft die notwendigen Schritte gehen, um den Kommunen einen effektiven und verlässlichen Rechtsrahmen für ihre Aufgabenerfüllung bereitzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Gemeinden unter 5.000 Einwohnern grundsätzlich hauptamtlich tätig sind.

Mit der „Offensive.Heimat.Bayern 2025“ setzen wir weiterhin auf eine aktive Strukturpolitik für ganz Bayern.

Wir führen die Behördenverlagerung als Teil der Heimatstrategie konsequent fort. Ziel bleibt stets die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Unser Ziel ist es, dass bis 2025 für jeden Haushalt in Bayern ein Gigabit-Anschluss möglich ist. Deshalb führen wir die äußerst erfolgreiche Breitbandförderung in Bayern fort. Neben privaten Haushalten und Firmenstandorten werden auch die Förderverfahren für Krankenhäuser, Rathäuser und Schulen bis zum Erreichen der Zielsetzung fortgesetzt. Daneben stärken wir unsere Resilienz bei Katastrophen und Unglücksfällen und statten kritische Infrastruktur in öffentlicher Hand und Katastrophen- und Rettungsinstitutionen mit gigabitschnellen Zugängen aus. Der Bund muss seiner grundgesetzlichen Verpflichtung nachkommen, bayerische Kommunen an einer Bundesförderung teilhaben zu lassen.

Der ressortübergreifende Heimatbericht ist ein wichtiger Kompass für die Entwicklung Bayerns und die Wirkung der Maßnahmen. Ihn werden wir daher fortführen. Vor allem werden wir die Unterstützung für die Menschen und Initiativen ausbauen, die aktiv Heimat und Zusammenhalt leben und gestalten.

Die Förderung von heimatpflegerischen Initiativen und die Stärkung des Heimat- und Traditionsbewusstseins ist uns ein besonderes Anliegen. Daher werden wir eine neue bayerische Dialektinitiative starten und die Pflege des immateriellen Kulturerbes verstetigen. Wir führen die Unterstützung der Heimatpflege und des Ehrenamts vor Ort fort, einschließlich der Volksmusik und regionalen Musikszene.

5. Für den Sport

Bayern ist Sportland. Sport und körperliche Aktivität tragen erheblich zur Gesundheit bei, sie steigern die Lebensqualität, fördern die soziale Integration und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Wir stehen zu Ehrenamt und Breitensport in Bayern. Woche für Woche betätigen sich 5 Mio. Bürgerinnen und Bürger sportlich im Flächenland Bayern. Wir werden die Vereine und Einrichtungen bei ihrer wichtigen Arbeit, insbesondere im Bereich der Jugendförderung, weiter unterstützen und uns für die Belange des Sports einsetzen.

Wir vereinbaren daher:

Ohne ehrenamtliches Engagement sind der organisierte Sport, das Vereinsleben, die Wettkämpfe sowie alles, was mit dem Sport zusammenhängt, nicht denkbar. Der Vereinssport ist starker Motor bei Inklusion und Integration.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Betätigung daher weiter optimieren, die Anerkennungskultur fortführen und unsere Förder- und Unterstützungsmaßnahmen weiterführen. Zudem setzen wir uns beim Bund für steuerliche Erleichterungen durch Anpassungen bei der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale ein.

Wir werden die verdoppelte Vereinspauschale wie auch die Mittel zur Förderung des Sportbetriebs der Verbände im Breitensport verstetigen. Damit kann auch die Übungsleiterausbildung unterstützt werden. Mit der Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus schaffen wir beste Voraussetzungen für Bayerns Sportvereine beim Bau und der energetischen Sanierung von Sportstätten.

Angesichts des hohen Anteils an Nichtschwimmern im Kindesalter müssen wir einen besonderen Fokus auf die Schwimmförderung legen. Wir werden unser neu geschaffenes Schwimmbadprogramm fortsetzen.

Bayern hat sich bei der Austragung der European Championships als hervorragender, weltoffener Gastgeber präsentiert. Daher werden wir weiterhin bayerische Bewerbungen für die Austragung internationaler Sportwettbewerbe, wie Europa- und Weltmeisterschaften sowie inklusiver Wettbewerbe, unterstützen.

Wir stärken den Bereich der Leistungssportförderung unserer bayerischen Polizei. Unsere Sportschulen als wichtige Partner bei der Nachwuchsgewinnung für den Elitesport werden wir ebenso unterstützen.

Für mehr Fairness und Miteinander im Leistungssport werden wir Fan-Projekte weiterhin unterstützen.

Wir werden BLSV Sportcamps und Stützpunkte als wichtigen Bestandteil der bayerischen Sportlandschaft weiterhin fördern. Den Gesundheits- und Präventionsaspekt im Breitensport werden wir stärken.

Wir bekennen uns zum Erhalt der Reitanlage München-Riem als Kraftzentrum des bayerischen Pferdesports.

6. Für Kunst und Kultur

Bayern ist ein Kulturstaat: Dieser Verfassungsauftrag ist uns ein Herzensanliegen. Das reiche kulturelle Erbe Bayerns schafft Identität, ist Gewinn und zugleich Verpflichtung. Wir sind stolz auf das breite Spektrum und auf die regionale Vielfalt der Kultur in unserem Land. Wir haben uns als verlässlicher Partner der Kunstschaffenden und Kreativen bewiesen. Kein Land gibt jährlich mehr für Kunst und Kultur aus als Bayern. Dies soll auch so bleiben. Wir setzen bei der Kulturförderung auch künftig auf eine intelligente Kombination aus bewährten Instrumenten, neuen Akzenten und starken Programmen und wollen diesen im Schulterschluss mit den Kommunen noch stärken. Wir stellen uns den Herausforderungen, die durch Digitalisierung, Kostensteigerungen, Veränderungen im Publikumsverhalten und internationalen Wettbewerb an den Kulturstandort Bayern gestellt werden und werden Bayern als modernen Kulturstaat mit großer Tradition weiterentwickeln.

Wir vereinbaren daher:

Wir wollen die regionalen Besonderheiten und die Einmaligkeit Bayerns erhalten. Hierzu gehört der Erhalt des materiellen und immateriellen Kulturerbes und der bayerischen Dialektvielfalt. Deshalb werden wir die Unterstützung der vielen Heimat-, Trachten-, Schützen- und Musikvereine einschließlich der Verbände, Museen und Kultureinrichtungen der Heimatvertriebenen fortsetzen und ausbauen. Dazu werden wir auch die Zusammenarbeit von Schulen und Kindergärten mit Brauchtumsvereinen gezielt unterstützen und ausweiten. Insbesondere die Gebirgsschützen sind eine großartige Visitenkarte Bayerns und zeigen den Freistaat von seiner besten Seite.

Wir werden das kulturelle Angebot für alle Landesteile Bayerns mit einem niederschweligen Angebot erhalten, um insbesondere auch junge Menschen und Menschen mit geringerem Einkommen am reichen kulturellen Leben Bayerns teilhaben zu lassen.

Wir bekennen uns zu den angestoßenen Prozessen zur Entwicklung der Staatstheater, zu den Zuschüssen für nicht-staatliche Theater, zur Förderung von Laintheatern, zur Förderung der Freien Kunstszene und zur Stärkung der Finanzierung von Sing- und Musikschulen.

Notwendige Kulturbaumaßnahmen werden wir priorisieren. Dabei gilt der Grundsatz: Wir investieren in der Fläche und mit Fokus. An der FAG-Förderung für Kulturbauten halten wir dabei grundsätzlich fest. Bayerns kulturelle Infrastruktur in den Kommunen profitiert in erheblichem Umfang von der FAG-Förderung.

Wir folgen der Kulturkaskade für staatliche Baumaßnahmen am Standort München: Die baulichen Aufgaben in der Landeshauptstadt sind geprägt durch das historische Erbe der Wittelsbacher. Wir sind dankbar für diese internationale Strahlkraft und widmen uns den notwendigen Sanierungen und Modernisierungen in strukturierter Abfolge.

Wir stehen zu unserer Verantwortung, in München einen Konzertsaal im Werksviertel zu errichten, der der internationalen Bedeutung seiner Klangkörper gerecht wird. Mit Blick auf die sich abzeichnenden Kosten werden wir die Planungen überarbeiten und redimensionieren.

Wir unterstützen die Kulturbauoffensive am Standort Nürnberg: Die kulturelle Bandbreite Nürnbergs wurde in der vergangenen Legislatur durch das erfolgreiche Deutsche Museum Nürnberg weiter gestärkt. Wir bekennen uns gerade auch eingedenk des historischen Erbes Nürnbergs zu einem kraftvollen Engagement des Freistaats bei der Sanierung und Modernisierung der Nürnberger Kulturinstitutionen.

Gemeinsam mit dem Bund führen wir das Vorhaben zur Sanierung des Bayreuther Festspielhauses auf Grundlage abgeschlossener Vereinbarungen fort.

7. Für ein handlungsfähiges und bürgernahes Europa

Bayerns zentrale Lage im Herzen Europas ist ein Privileg. Dieses unterstreichen wir mit unserem Bekenntnis zur EU und zu den europäischen Grundwerten. Wir bringen uns mit starker Stimme aktiv in die Europapolitik ein, dringen aber auch konsequent auf die Einhaltung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips und setzen uns damit dafür ein, dass nur bei großen und übergreifenden Themen gemeinsame Lösungen gesucht werden. Bayern wird daher seine vielfältigen Beziehungen zu Staaten und Regionen in der Nachbarschaft, Europa und der Welt weiter ausbauen und seine Rolle als starke Region im Herzen der EU wahrnehmen.

Wir vereinbaren daher:

Wir treten für ein starkes, handlungsfähiges und bürgernahes Europa der Regionen ein, das für Sicherheit, Freiheit, Nachhaltigkeit, stabile Finanzen und internationale Wettbewerbsfähigkeit steht. Instrumente gemeinsamer Verschuldung und EU-Steuern lehnen wir hingegen ab.

Um den Bedürfnissen der verschiedenen europäischen Regionen Europas gerecht zu werden, setzen wir uns für eine Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen ein und stärken gleichzeitig die bilaterale Zusammenarbeit Bayerns mit den Regionen Europas. Hierzu setzen wir das Erfolgsprojekt der EuropaGemeindeRäte fort.

EU-Rechtsakte werden bei uns in Bayern nur „Eins-zu-Eins“ umgesetzt, es wird im bayerischen Landesrecht also nicht über die Mindestanforderungen der EU hinausgegangen. Den Bund fordern wir auf, auf eine überschießende Umsetzung von EU-Recht ebenfalls zu verzichten; nur so kann unnötige Bürokratie vermieden werden.

Ebenso dringen wir konsequent auf die Wahrung der Kompetenzordnung und die Einhaltung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips, prüfen also streng, was auf nationaler oder bayerischer Ebene genauso gut geregelt werden kann oder muss.

Die Besonderheiten des bewährten dreigliedrigen deutschen Bankensystems müssen gewährleistet bleiben. Die allgemeine Verfügbarkeit des Bargeldes, seine Nutzung ohne Obergrenze sowie seine Akzeptanz als gesetzliches Zahlungsmittel müssen erhalten bleiben.

Infolge des russischen Angriffskriegs muss die Energieversorgung in Europa neu bewertet und konzipiert werden. Neben bayerischem Engagement im Norden ist auch die Südperspektive wichtig, weshalb Bayern den Schulterschluss mit seinen europäischen Nachbarn sucht, um gemeinsam Versorgungssicherheit in Europa zu stärken. Ein wichtiger Partner ist dabei Italien. Zudem schmieden wir Energieallianzen mit Österreich, Kroatien und Slowenien, auch im Hinblick auf Wasserstoff.

Unsere einmalige freundschaftliche Partnerschaft mit Tschechien liegt uns besonders am Herzen. Wir vertiefen die Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit weiter, insbesondere auf den Feldern Bildung, Kultur und Mobilität sowie mit einem verstärkten parlamentarischen Austausch. Wir wollen die grenzüberschreitende Lehr- und Bildungsarbeit weiter fördern. Ein nächster konkreter Schritt kann für uns die Verankerung des Tschechisch-Unterrichts als Wahlpflichtfach in der bayerisch-tschechischen Grenzregion sein.

Unsere über Jahrzehnte gewachsenen engen und freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich sind uns besonders wichtig und wir werden deshalb die bestehenden Netzwerke ausbauen und neue Kontakte knüpfen.

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ist für uns ein wichtiger Partner. Unser gutes Verhältnis ist uns auch nach dem Brexit wichtig.

Bayerns internationale Kontakte und Repräsentanzen werden wir pflegen und weiter stärken. Besonders am Herzen liegt uns die Weltoffenheit unserer Jugendlichen. Daher fördern wir weiterhin den internationalen Jugendaustausch, insbesondere im Rahmen der Stiftung Internationaler Jugendaustausch Bayern.

Bayern behält seinen Kurs und sein Engagement in der Entwicklungspolitik bei. Wir setzen unsere Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten und Regionen im Rahmen

der Bayerischen Afrikastrategie fort und arbeiten weiterhin mit erfahrenen NGOs zusammen. Hier nehmen wir zusätzlich die Zusammenarbeit mit Kenia in den Fokus.

III. Schlank, schnell und digital

1. Für neuen Schwung und weniger Bürokratie

Die Bürokratie in Deutschland hat sich inzwischen zu einem Hemmnis entwickelt – insbesondere für Wirtschaft und Ehrenamt. Dabei hat Bayern beim Bürokratieabbau schon viel erreicht: Unsere Paragrafenbremse nach dem Prinzip „Eins rein, eins raus“ haben wir übererfüllt und unsere Praxis-Checks werden bundesweit zunehmend zum Vorbild. Darauf bauen wir auf, bleiben hier aber nicht stehen. Wir wollen das Leben der Menschen einfacher machen. Dabei setzen wir auf Verantwortung und Vertrauen. Ehrenamt, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger brauchen noch deutlich mehr Freiraum, damit sich ihr Schwung und ihre Motivation voll entfalten können.

Wir vereinbaren daher:

Wir werden einen Schnitt für Verwaltungsvorschriften umsetzen, um der Verwaltung wieder mehr Freiraum und mehr Entschlusskraft zu geben. Bis Mitte 2024 sollen mindestens 10 % aller Verwaltungsvorschriften entfallen.

Für den Erlass neuer Verwaltungsvorschriften werden wir ab Beginn der neuen Legislaturperiode ein grundsätzliches Moratorium für zwei Jahre einführen. Generell beschränken wir die Geltungsdauer von Verwaltungsvorschriften auf maximal fünf Jahre. Eine unbefristete Gültigkeit soll es nur ausnahmsweise geben.

Die schon erfolgreich umgesetzte Paragrafenbremse werden wir nochmals verschärfen. Künftig soll daher, wo immer möglich, der Grundsatz „Eins rein, zwei raus“ gelten. Gleichzeitig achten wir darauf, die Vorgaben prägnant, leicht verständlich und transparent zu halten. Dabei nehmen wir neben der Zahl der Gesetze auch den Inhalt in den Blick: Bundes- und EU-Recht werden wir „Eins-zu-Eins“ umsetzen. Neue Regelungen gelten künftig erst einmal für maximal fünf Jahre. Nur Regelungen, die sich in dieser Zeit bewährt haben, werden fortgeführt. Zentrale landespolitische Leitentscheidungen sowie zwingende gesetzliche Vorschriften und die Umsetzungen von Bundes- und Europarecht bleiben davon unberührt.

Der Staat darf in Zeiten der Inflation kein zusätzlicher Kostentreiber sein. Um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, führen wir deshalb ein Gebührenmoratorium für zwei Jahre ein, in denen wir staatliche Gebühren, die breite Kreise der Bevölkerung betreffen oder betreffen können, nicht erhöhen. Um die Gebührenhöhe von der allgemeinen Preisentwicklung zu entkoppeln, wollen wir außerdem prüfen, wo Pauschalgebühren eingeführt und Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung von zeitaufwändigen (Gebühren-)Wertermittlungsverfahren entlastet werden können.

Wir bringen ein Modernisierungsgesetz Bayern auf den Weg, das Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen von landesrechtlichen Fesseln befreit. Die Staatsregierung wird dazu das Landesrecht durchforsten und dabei auch neue Wege erproben, um inhaltliche Beschränkungen abzubauen.

Dazu gehören generell mehr Freiheit im Baurecht, ein Denkmalschutz im entwicklungsverträglichen Maß und ein bayerisches Gaststättenrecht mit konsequent dereguliertem Ansatz und Vorfahrt für Ehrenamt und Vereine. Wir wollen das Leben für die Menschen in Bayern wieder leichter machen.

Der Normenkontrollrat ist als unser „Bürokratie-TÜV“ eine zentrale Institution beim Bürokratieabbau. Wir werden seine erfolgreiche Arbeit weiter stärken.

Bei wichtigen Infrastrukturprojekten setzen wir künftig auf Projektmanager als übergeordnete Kümmerner.

Wir verinnerlichen in der bayerischen Verwaltung eine konsequent vorhabenfreundliche Mentalität – von der Ministerialebene über die Behördenleitung bis hin zur Sachbearbeitung vor Ort. Wir wollen zu mehr Entschlussfreude auf allen Verwaltungsebenen ermuntern, dazu gehört die Rückendeckung für die Entscheiderinnen und Entscheider durch die übergeordneten Stellen. Wir werden dafür sorgen, dass Nachweispflichten, Dokumentationspflichten und Kontrollmechanismen auf das Unabdingbare beschränkt werden. Wir eröffnen neue Chancen durch Öffnungsklauseln, Erprobungsmöglichkeiten und Modellprojekte.

Belastende Bürokratie hat jedoch oft ihren Ursprung in gesetzlichen Anforderungen des Bundes und der EU. Wir fordern deshalb auch vom Bund und der EU umfangreiche und zügige Entlastungen, insbesondere durch den Abbau von Statistikpflichten, der Anpassung von Vergabeschwellen und Vereinfachung von Ausschreibungsmodalitäten sowie die Beschleunigung von Verfahren etwa durch Einschränkung der zu weitgehenden Verbandsklagerechte.

Im Interesse der Leistungsfähigkeit der Staatsverwaltung sollte der Diskontinuitätsgrundsatz auch für Berichtspflichten an den Landtag gelten.

2. Für eine Digitalisierung, die alle mitnimmt

Wir wollen einen modernen, schlanken und agilen Staat. Die Digitalisierung ist dabei einer der Schlüssel. Denn der digitale Wandel ist allumfassend. Er betrifft inzwischen so gut wie alle Bereiche des täglichen Lebens und führt zu tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Staat und Kommunen müssen hierauf reagieren und sich selbst, Abläufe und Angebote den sich wandelnden Anforderungen anpassen. Nur wer die Digitalisierung annimmt und für sich nutzt, bleibt als Standort attraktiv. Die Digitalisierung muss in erster Linie den Alltag der Menschen erleichtern. Unser Anspruch ist es, die gesamte Gesellschaft dabei mitzunehmen.

Bei der technologischen Spitzendigitalisierung ist die Hightech Agenda ein international einmaliges Programm im Bereich Wissenschaft, Wirtschaft und Forschung.

Mit der Gründung des ersten Digitalministeriums in Deutschland haben wir 2018 ein wichtiges Signal für die Zukunft gesetzt und waren Vorreiter. Aber auch bei der Alltagsdigitalisierung stehen wir weit vorne: Bayern steht bei der Versorgung der Haushalte mit schnellem Internet mit an der Spitze, bietet im Bundesvergleich die meisten landesweit verfügbaren digitalen Verwaltungsleistungen an und hat als Flächenland im Deutschland-Index Digitalisierung eine Spitzenposition. Daran wollen wir anknüpfen.

Wir vereinbaren daher:

Im staatlichen Bereich wollen wir die durchgehend digitale Bearbeitung von Verwaltungsleistungen. Unser Ziel ist: Keine Bürgerin und kein Bürger und kein Unternehmen müssen für die Beantragung eines Verwaltungsdienstes zur Behörde gehen. Dies muss bequem online von zu Hause möglich sein. Es braucht keine Wartezeiten, keine Beantragung auf Papier und auch keine behördlichen Papierbelege. Analoge Mitwirkungspflichten der Bürgerinnen und Bürger sollen entfallen. Gleichzeitig wollen wir die digitale, barrierefreie Teilhabe ohne Altersdiskriminierung gewährleisten.

Wir wollen langfristig auch eine Revolution bei der Beantragung staatlicher Leistungen. Für uns heißt e-Government aktives Push-Government. Bei wichtigen Ereignissen wie etwa Geburt, Volljährigkeit, Umzug und Heirat versorgen wir Bürgerinnen und Bürger automatisch mit allen notwendigen Informationen und Links. Wo Anträge erforderlich sind, sollen sie so einfach wie möglich gestaltet und vorausgefüllt sein.

Wir führen einen Digital-Check ein. Bei jedem Entwurf eines neuen Gesetzes muss Digitalisierung gleich mitgedacht werden. Wir ermöglichen damit den rein digitalen Gesetzesvollzug und sorgen so für praxistaugliche und nutzerfreundliche Gesetze.

Damit die digitale Transformation gelingt, brauchen wir auch einen Kulturwandel in staatlichen Behörden: Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und zukunftsorientierte Methoden für effizientes Arbeiten und bessere Dienstleistungen. Wir setzen dort, wo es sinnvoll ist, auf agile Arbeitsprozesse und etablieren dadurch modernes Arbeiten. Das bedeutet auch stärkere Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zur schnelleren Bereitstellung und Abwicklung von Förderprogrammen bauen wir eine volldigitalisierte Förderplattform auf.

Wir werden Künstliche Intelligenz (KI) breitflächig in der Verwaltung einsetzen. So können etwa Chatbots Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu jeder Tages- oder Nachtzeit beantworten. Wir werden KI nutzen, um große und oft unübersichtliche Datenmengen in Kürze zu strukturieren und die zur Weiterverarbeitung wichtigsten Informationen anzuzeigen.

Mit dem Digitalbudget wollen wir weiterhin wichtige digitalpolitische Vorhaben anstoßen und stärken so den Digitalstandort Bayern.

Aber auch die Kommunen haben eine Schlüsselrolle. Auf kommunaler Ebene finden die meisten unmittelbaren Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürger und dem Staat statt. Wir wollen daher, dass unsere Kommunen Online-Dienste rasch, zuverlässig und bayernweit einheitlich anbieten können.

Wir unterstützen die Kommunen bei ihren Verpflichtungen, das Onlinezugangsgesetz umzusetzen und damit ihre Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Bürgerinnen und Bürger können unmittelbar über ihre Bürgerkonten mit der Kommunalbehörde kommunizieren, wodurch die digitale Antragsbearbeitung erheblich beschleunigt wird.

Bei der Transparenz von Verwaltungshandeln machen wir einen Schritt nach vorn. Über Digitalisierung schaffen wir Plattformen zum Austausch von Daten und Informationen zwischen den Verwaltungsebenen einerseits und Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern andererseits.

Wir werden das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) und die IT-Sicherheit der Staatsverwaltung weiter stärken. Wir wollen das Erfolgsmodell zur IT-Sicherheit von Kommunen und Betreibern kritischer Infrastrukturen weiter ausbauen. Wir stehen für eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf Augenhöhe, die geplante Grundgesetzänderung zur Weiterentwicklung des BSI zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis lehnen wir ab. Zur noch besseren Absicherung wollen wir die Einrichtung redundanter Rechenzentrums-Standorte schnell voranbringen.

Eine wichtige Rolle für zahlreiche Digitalanwendungen in Verwaltung und Wirtschaft kommt den amtlichen Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung zu. Insbesondere zeigen wir im Rahmen einer eigenen bayerischen Satellitenmission, wie hochauflösende Fernerkundungsdaten bereitgestellt und für Land- und Forstwirtschaft sowie für den Natur-, Umwelt- und Zivilschutz als zuverlässige Datengrundlage angeboten werden können.

Bayern ist ein Hotspot der Filmproduktion und der Games-Szene. Wir wollen beide Bereiche stärken und unter anderem mehr internationale Koproduktionen nach Bayern holen. Wir wollen die Computerspiel-Kreativwirtschaft weiter stärken.

3. Für eine starke bayerische Wirtschaft

Bayern ist das wirtschaftliche Leistungszentrum Deutschlands und eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas - mit einer starken Exportwirtschaft. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland, die geringste Jugendarbeitslosigkeit und die meisten Industriearbeitsplätze. Industrie, Dienstleister, Mittelstand und Handwerk erwirtschaften zusammen mit Bayerns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Wohlstand und soziale Sicherheit jeden Tag aufs Neue.

Diesen Wohlstand sichern wir dauerhaft und geben ihn an unsere Kinder und Enkelkinder weiter. Dabei bringen wir Wachstum und Nachhaltigkeit, Modernität und Tradition, Heimat und Hightech in Einklang. Hier setzen wir unsere Erfolgsprojekte der Hightech Agenda und Wasserstoffwirtschaft fort. Wir stehen unvermindert zu einem zukunftsfähigen und zukunftssicheren Bayern – auch und gerade in weltpolitisch turbulenten gewordenen Zeiten. Wir halten Bayerns Wirtschaft auf Kurs, schützen unseren Wohlstand und entlasten die Mitte.

Wir vereinbaren daher:

Die besondere Förderung unserer kleinen und mittelständischen Betriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie ist ein Verfassungsauftrag. Unsere Betriebe brauchen fairen Wettbewerb, bezahlbare Energiepreise und gute Fachkräfte. Nur dies schafft das nötige Wachstum, um unseren erreichten Wohlstand auch in Zukunft halten zu können. Hierfür werden wir alle Kräfte aktivieren.

Wir wollen Handwerk, Mittelstand und Industrie stärken und legen ein klares Bekenntnis ab zum Unternehmertum, zu Familienbetrieben und zur Selbstständigkeit. Unser starker Mittelstand mit seinen Familienunternehmen, den freien Berufen und dem Handwerk schafft mit Abstand die meisten Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Unsere 2022 gestartete Technologie- und Investitionsoffensive zugunsten des bayerischen Handwerks wollen wir in den kommenden Jahren fortführen und ausbauen. Denn Bayern verdankt seinem Handwerk Lebensqualität, soziale Sicherheit und Chancen im ganzen Land. Bei uns hat das Handwerk Vorrang. Insbesondere die Berufsbildungszentren wollen wir daher in den kommenden Jahren massiv ausbauen. Wir wollen auch hier den Gleichlauf mit dem Ausbau der Universitäten.

Mit dem bundesweit einzigartigen „Tag des Handwerks“ zeigen wir Schülerinnen und Schülern die hervorragenden Möglichkeiten des Handwerks. Es soll deutlich werden: Eine handwerkliche Ausbildung ist genauso viel wert wie eine akademische.

Wir sind das erste und bisher einzige Bundesland in Deutschland, das Master und Meister gleichbehandelt. Wenn das Studium kostenfrei ist, muss das auch für den Meister gelten. Deswegen haben wir bereits 2023 mit dem erhöhten Meisterbonus die kostenlose Meisterausbildung eingeführt und wollen diese in den kommenden Jahren fortführen. Eine Ausweitung der Meisterpflicht auf weitere Berufe wollen wir prüfen.

Bezahlbare Energie ist die Lebensader unserer Volkswirtschaft. Deutschland liegt beim Strompreis an der Weltspitze. Handwerksbetriebe, Kleinunternehmen und Industriebetriebe sind durch die hohen Energiepreise stark belastet. Wir fordern daher vom Bund einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstrompreis auch für den Mittelstand und das Handwerk. Nur so können wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und damit deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch in Zukunft erhalten.

Die bayerische Wirtschaft ist derzeit durch die digitale und ökologische Transformation sowie den demografischen Wandel zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt, die durch die Corona-Pandemie sowie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sogar noch verstärkt werden. Betroffen sind unter anderem die chemische Industrie, die Glas-, Papier- und keramische Industrie, der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Elektroindustrie und die Halbleiter- und Chip-Branche.

Besonders betroffen ist die Automobilbranche. Hier werden die besten und modernsten Autos gebaut – in den großen bayerischen Werken, aber auch in unzähligen Zulieferbetrieben aus dem Mittelstand. Insbesondere dem Auto verdanken wir unseren Wohlstand. Ziel ist es, Strukturbrüche zu vermeiden und die Zukunftsfähigkeit der Industrie zu stärken.

Dem raschen Hochlauf der Elektromobilität und damit dem Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur kommt für die Zukunft der Autoindustrie eine Schlüsselrolle zu. Bayern ist hier bundesweiter Vorreiter. Wir wollen diesen Vorsprung weiter

ausbauen und streben bis 2030 100.000 möglichst barrierefrei zugängliche Ladepunkte im ganzen Land an.

Mikroelektronik und insbesondere die Halbleiterbranche haben eine zentrale industriepolitische Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern. Wir wollen daher die Ansiedlung und Sicherung der Halbleiterindustrie als Stütze eines resilienten und unabhängigen Wirtschaftssystems noch besser fördern und eine schnellere und qualitativ ausgereifere Praxis bei der Umsetzung der „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) erreichen.

Unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wollen wir stärken, indem wir Fördermittel für die Verteidigungsforschung in Bayern fortführen und weiterentwickeln. Für die Bewältigung zukünftiger Krisen wollen wir noch zielgenauer und besser unsere Möglichkeiten zur Unterstützung bei Projekten in strategischen Sektoren nutzen.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität spielt der Übergang von einer linearen Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle. In Bayern existieren bereits erfolgreiche Initiativen in Forschung und Wirtschaft. Hierzu wollen wir unsere bayerische Bioökonomie-Strategie und Rohstoff-Strategie konsequent umsetzen.

Auch größere Transformationsprozesse in der Industrie und im Mittelstand wollen wir zukünftig noch besser unterstützen. Unsere Fördermöglichkeiten zur Krisenbewältigung und aktiven Unterstützung zur Gestaltung des Wandels wollen wir im Rahmen des „Temporary Crisis and Transition Framework“ (TCTF) der EU noch besser nutzen.

Bei der Transformation spielt die LfA als staatliche Förderbank eine maßgebliche Rolle. Sie soll als Transformationsbank des Freistaats Bayern den Weg der bayerischen Unternehmen, Freiberufler, Existenzgründer und Kommunen aktiv begleiten.

Bayern ist führender Technologie- und Innovationsstandort und steht im globalen Wettbewerb um Technologieinvestitionen. Die Strategie der starken Unterstützung von Forschung und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu zukünftigen

Schlüsseltechnologien in den Bereichen Wasserstoff, Life Sciences, KI, Quantencomputing, Robotik, additive Fertigung, Luft- und Raumfahrt sowie die kraftvolle Unterstützung innovativer Start-ups hat sich bewährt. Dieses bayerische Erfolgsmodell wollen wir weiter ausbauen.

Die bayerische Wirtschaft ist in vielen Bereichen Weltmarktführer und zeichnet sich durch höchste Innovationskraft aus. Um sie zu sichern und auszubauen, werden wir auch weiterhin Erfolgsmodelle, wie insbesondere die Hightech Agenda, verstetigen und ausbauen.

Forschung und Entwicklung dienen der Erweiterung global nutzbarer technischer Lösungen für weltweite Zukunftsfragen wie Klimaschutz. Dabei ist die Verbindung zwischen Wirtschaftsunternehmen sowie Forschungseinrichtungen einerseits und den Universitäten und Hochschulen andererseits zentrale Grundlage unserer Innovationsstrategie.

Wir haben Bayern innerhalb kürzester Zeit zu einem europäischen Spitzenplatz im Bereich der Luft- und Raumfahrt geführt. Daran wollen wir anknüpfen. Das Luft- und Raumfahrtprogramm werden wir fortführen und weiter ausbauen. Insbesondere werden wir Europas größte Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie in Ottobrunn weiterentwickeln. Unseren DLR-Standort in Oberpfaffenhofen wollen wir weiter stärken mit dem Ziel, dort Kontrollzentren für künftige Mond-Missionen sowie für Satellitenkommunikation und -navigation einzurichten. Wir wollen ein Europäisches Raumfahrtforum in Bayern starten und setzen die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Raumfahrtberater der Bayerischen Staatsregierung fort.

Im Bereich der Luftfahrt wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern aus der Industrie die Air Mobility Initiative Bayern stärken.

Bayern ist deutschlandweit Start-up-Land Nummer eins und stolz auf seine Gründerinnen und Gründer. Ein Drittel des in Deutschland investierten Risikokapitals ist zuletzt nach Bayern geflossen. Den Deeptech-Standort Bayern wollen wir weiter stärken und unsere Technologieförderung für Tech-Start-ups weiter ausbauen. Die Rahmenbedingungen für Finanzierungen werden wir weiter optimieren.

Wir wollen die Unternehmensansiedlung in Bayern weiterhin durch eine aktive Ansiedlungspolitik unterstützen und die bayerischen Unternehmen bei ihren Erweiterungsinvestitionen betreuen. Hierfür wollen wir Bayern International verstärken.

Wir werden die Instrumente der bayerischen Außenwirtschaftsförderung strategisch anpassen, um die bayerischen Wirtschaftsbeziehungen mit neuen Leitmärkten zu intensivieren und in enger Zusammenarbeit mit der bayerischen Wirtschaft die gezielte Ansprache von Fachkräften im Ausland voranzutreiben.

Wir führen den bayerischen Digitalbonus weiter fort, um insbesondere unsere kleinen Unternehmen dabei zu unterstützen, sich für die Herausforderungen der digitalen Welt zu rüsten. Eine Ausweitung des Digitalbonus auf freie Berufe wollen wir prüfen.

Wir wollen beim Ladenschluss weitere lange Einkaufsnächte sowie den durchgehenden Betrieb von digitalen Kleinstsupermärkten als neue Form der Nahversorgung ermöglichen.

Bayern ist auch Tourismusregion Nummer eins in Deutschland. Wir stärken weiter die Tourismuswirtschaft, Hotellerie und Gastronomie. Dabei verbinden wir modernen, attraktiven Tourismus mit der Verantwortung für unsere Heimat. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Tourismusregionen werden wir entlasten und dafür die digitale Besucherlenkung ausbauen. Die bayerische Seilbahnförderung führen wir fort. Ein besonderer Fokus unserer Unterstützung gilt dem naturnahen sowie dem Gesundheitstourismus unter Berücksichtigung der Kurorte und Heilbäder.

Unsere heimische Wirtshauskultur ist weltweit bekannt. Diese wollen wir erhalten und schützen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der ermäßigte Steuersatz in der Gastronomie in Höhe von derzeit 7 % bleibt. Das bayerische Gaststättenrecht wollen wir modernisieren und entbürokratisieren.

4. Für Wissenschaft und Forschung an der Weltspitze

Fortschritt ist ein bedeutender Teil der bayerischen DNA. Mut zur Zukunft und Liebe zur Tradition sind Bayerns starkes Geschwisterpaar. Diese Mischung hat Bayern zum Land mit der höchsten Lebensqualität gemacht. Wir als Bayernkoalition stehen in der Tradition jahrzehntelanger wuchtiger Investitionen in Zukunft und Moderne. Damit ist Bayern weltweit zum Symbol für Hightech, Erfindergeist und Forschung auf Nobelpreis-Niveau geworden. Spitzenplätze in allen Rankings, bei eingeworbenen Humboldt-Professuren und Leibniz-Preisen der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstreichen dies. Wir stehen an der Spitze der europäischen Patentstatistik, weit vor den Großräumen Paris und London. In München werden deutschlandweit pro Kopf die meisten Start-ups gegründet. Große Tech-Unternehmen entscheiden sich bei Investitionsentscheidungen reihenweise bewusst für Bayern – wegen der optimalen Rahmenbedingungen und des weltweit einzigartigen Talentpools.

Aber auch die Grundlagenforschung und die Geisteswissenschaften sind eine besondere Stärke der bayerischen Hochschullandschaft. Mit unserem Hochschulinnovationsgesetz haben wir eines der modernsten Hochschulgesetze der Welt geschaffen. Studierende weltweit bewerten die Qualität bayerischer Hochschulen mit Bestnoten. Doch gerade angesichts der Herausforderungen unserer Zeit und des weltweit immer schnelleren Wettbewerbs dürfen wir nicht nachlassen, sondern müssen voranschreiten. Fortschritt ist die Grundlage für eine gute Zukunft.

Wir vereinbaren daher:

Die Hightech Agenda Bayern ist ein Erfolgsfaktor für den Freistaat Bayern. Mit dieser bundesweit einzigartigen Technologieoffensive haben wir die Spitzenstellung Bayerns in Wissenschaft und Forschung nachhaltig gestärkt, rund 3.800 Stellen, darunter 1.000 neue Professuren, geschaffen sowie über 13.000 neue Studienplätze in 20 Spitzenforschungszentren in ganz Bayern ermöglicht. Wir verstetigen die Hightech Agenda Bayern auch in der kommenden Legislaturperiode. Damit stärken wir Forschung und Entwicklung sowie Strukturen und Instrumente der Technologieförderung und Innovation und bauen die Erfolge der gesamten Hightech Agenda konsequent aus. Die damit erzielten Impulse im ganzen Land erzeugen eine Breitenwirkung, von der die Menschen überall in Bayern profitieren.

Die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers und die Gründung innovativer Unternehmen sind essenziell für eine dauerhaft wettbewerbsfähige bayerische Wirtschaft. Mit unserer Offensive Hightech Transfer Bayern stärken wir den Technologietransfer durch den weiteren Aufbau der 2023 beschlossenen 16 neuen Technologietransferinitiativen und -zentren und bauen so die Spitzenstellung des Freistaats als eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas weiter aus. Unser Ziel ist: ein Technologietransferzentrum in jedem Landkreis.

Luftfahrt-, Raumfahrt- und Satellitentechnik liefern uns bereits heute Lösungen für mehr Sicherheit, stabilere Kommunikation und bessere Mobilität. Bayern hat auch hier eine Spitzenstellung inne. Die neue Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie der TU München ist schon in der Aufbauphase in der weltweiten Spitze angekommen. Mit dem Hyperloop-Projekt entwickeln wir ein ultraschnelles, nachhaltiges Verkehrsmittel. Wir werden unser bayerisches Luft- und Raumfahrtprogramm konsequent fortführen. Hierzu werden wir die neue Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie der TU München in Ottobrunn zur größten in Europa weiterentwickeln.

Der Freistaat investiert kraftvoll in Künstliche Intelligenz (KI) und SuperTech und ist bundesweit mit weitem Abstand die Nummer eins. Mit dem Munich Quantum Valley wollen wir der Industrie und Forschung in ganz Bayern Zugang zur Quantencomputertechnologie geben. Wir wollen die Halbleitertechnologie in Bayern weiter ausbauen und Forschungsinstitute sowie Produzenten ansiedeln.

Im Bereich der Kernfusion hat Bayern insbesondere mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching bereits eine weltweit führende Position. Diese hervorragende Ausgangslage im technologischen Wettbewerb wollen wir nutzen. Mit der Umsetzung des Masterplans zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien wollen wir die Fusionsforschung intensivieren. Hierzu werden wir etwa ein Bavarian Fusion Cluster errichten. Perspektivisch streben wir den Bau eines eigenen Forschungsreaktors an. Die Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRM II) an der TU München werden wir auf ein Brennelement mit niedrig angereicherter Uran (LEU) umrüsten. Schließlich ergreifen wir die Initiative für eine nationale Gesamtstrategie für Kernfusion mit dem Ziel, eine Bündelung der Kompetenzen von der

Grundlagenforschung bis zur Technologieentwicklung in allen Teilbereichen der Kernfusion in Deutschland zu erreichen.

Wir schaffen einen Gleichklang zur Organisation des Bundes und vereinheitlichen den Auftritt Bayerns im internationalen Wettbewerb. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften, die diversen hochschulübergreifenden Serviceeinrichtungen und die bestehenden Netzwerke verankern wir unter einem gemeinsamen Dach. Das „Haus der bayerischen Wissenschaften“ soll Service, Beratung und Vernetzung aus einer Hand leisten und die Vielzahl an Einzelagenturen und -einrichtungen im Sinne einer One-Stop-Agency bündeln.

Nie zuvor gab es in Bayern so viele wohnortnahe Studienangebote. Wir beschleunigen den Aufbau der Technischen Universität Nürnberg und setzen die Masterpläne an den großen Hochschulstandorten in allen Landesteilen konsequent um. Der mit der Schaffung vieler Hochschulaußenstellen im ländlichen Raum erfolgreich beschrittene Weg der Regionalisierung unserer Hochschullandschaft hat sich bewährt.

Wir wollen die besten Köpfe für Bayern. Deshalb schaffen wir für herausragende wissenschaftliche Leistungsträgerinnen und Leistungsträger aus dem In- und Ausland noch attraktivere Konditionen. Dazu gehört auch das Tenure-Track-Programm. Außerdem werden wir die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Karrieren von Frauen verbessern.

Um studentisches Wohnen zu verbessern, haben wir die Zuschüsse an die Studierendenwerke massiv erhöht und gleichzeitig die Wohnraumförderung deutlich angehoben. Wir wirken nachhaltig zusammen mit den Kommunen auf eine bessere Wohnraumversorgung für Studierende im ganzen Land hin.

In Wissenschaft und Forschung liegt der Erfolg unserer Zukunft. Wir werden daher weiter gezielt in Forschungsgebiete investieren, deren Erkenntnisse den Menschen in ganz Bayern dienen und die Grundlage für beste Lebensqualität bieten. Dazu gehört, dass wir die weltweit führenden Forschungszentren an unseren Unikliniken weiter fördern und die Zusammenarbeit mit der Medizintechnikindustrie sowie der Pharmaindustrie stärken.

Für alle bayerischen Uniklinika starten wir eine Digitalisierungsoffensive mit der Einführung einer einheitlichen Datenplattform, um die Nutzung von schon heute millionenfach vorhandener Gesundheitsdaten zur Prognose, Prävention und Behandlung von Krankheiten deutlich zu erleichtern.

Mit dem Life Science Campus in Martinsried schaffen wir das international größte Zentrum für Biotech, Biochemie und Biomedizin und bauen dadurch unsere Spitzenstellung im Bereich Life Sciences weiter aus. Hierfür unterstützen wir die Max-Planck-Gesellschaft beim Ausbau des Forschungscampus und bei der Ansiedelung der Max-Planck-Institute für biologische Intelligenz und Biochemie.

Mit dem Aufbau der Universitätsmedizin in Augsburg, der Schaffung des Medizincampus Oberfranken und des Medizincampus Niederbayern haben wir in Bayern eine einzigartige Ausbildungsoffensive in der Medizin gestartet, die wir weiter gezielt stärken, auf- und ausbauen wollen.

Wir begreifen Bayerns Hochschulen und Universitäten als unseren Trumpf im Wettbewerb um kluge Köpfe. Deshalb wollen wir die Qualität der Lehre weiter stärken. Hierzu setzen wir insbesondere auf die Stärkung des akademischen Mittelbaus und des wissenschaftsstützenden Personals sowie beste Studienbedingungen für Bayerns Studierende. Wir wollen Bayerns Rolle als globaler Top-Standort für die technologische Grundlagen- und Spitzenforschung ausbauen. Als Kulturstaat messen wir zugleich den Geisteswissenschaften größte Bedeutung im Zusammenspiel zwischen Wissenschaft, Staat und Gesellschaft bei.

5. Für neue Impulse beim Bauen

Hohe Baupreise und Zinsen, überzogene Anforderungen und anhaltend hoher Zugzwang nach Bayern haben dazu geführt, dass ein sorgenfreies Wohnen keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Dies wollen wir ändern. Auf die aktuellen Herausforderungen reagieren wir kraftvoll mit einem Dreiklang: Hilfen für privaten Eigentumserwerb, staatlicher Wohnungsbau und soziale Wohnraumförderung. Alles, was derzeit gebaut werden kann, wollen wir auf den Weg bringen.

Als Kernstück legen wir in der kommenden Legislatur ein eigenes bayerisches Baukonjunkturprogramm auf. Damit wollen wir die Konjunktur ankurbeln und unsere heimischen Unternehmen zusätzlich unterstützen.

Gleichzeitig fordern wir den Bund auf, unserem Beispiel zu folgen. Verbote und überzogene Anforderungen an Sanierung und Energieversorgung lehnen wir klar ab.

Wir vereinbaren daher:

Der bayerische Weg ist der Traum vom Eigenheim. Das eigene Haus für die Familie muss auch künftig noch möglich sein. Wir werden den Bau und Erwerb von Eigenheimen durch eine deutliche Ausweitung der Zinsverbilligungsprogramme der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt für den privaten Hausbau, Hauskauf oder Wohnungskauf ankurbeln.

Um den bayerischen Kommunen beschleunigte Investitionen in ihre Infrastruktur zu ermöglichen, vor allem Kitas und Schulen, werden wir die hierfür vorgesehenen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen. Das hilft unseren Kommunen und der Bauwirtschaft.

Als weiteren Impuls werden wir die staatliche Bauverwaltung verstärken. Damit können dringend benötigte Bauprojekte, insbesondere im Hochschulbau, schneller angegangen werden. Auch der Bau von Radschnellwegen und Radwegen sowie der Ausbau von Staats- und Bundesstraßen wird so beschleunigt.

Im staatlichen Wohnungsbau werden wir ein Landesbauprogramm 2030 aufstellen, in dem wir Vorhaben priorisieren und durchfinanzieren. Unser Ziel ist es, die drei

staatlichen Wohnungsbaugesellschaften (BayernHeim, StadiBau und Siedlungswerk Nürnberg) zusammenzufassen und diese mit mehr Eigenkapital auszustatten.

Staatliche Grundstücke wollen wir verbilligt im Erbbaurecht zur Schaffung neuer staatlicher Wohnungen zur Verfügung stellen.

Auch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) wollen wir zu einem modernen Immobiliendienstleister mit enger Verzahnung zum staatlichen Hoch- und Wohnungsbau reformieren. Dies beinhaltet eine systematische Regelvereinfachung, mehr Handlungsspielräume, eine modernisierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und bessere Finanzierung.

Wir wollen die größeren Bauvorhaben im Freistaat schneller und effizienter durchziehen. Grundsätzlich wollen wir beim staatlichen Bauen neue Wege beschreiten und prüfen deshalb das Modell einer neuen Baugesellschaft des Freistaats Bayern, zum Beispiel bei Uniklinika. Außerdem entwickeln wir die Richtlinie für die Durchführung von Hochbauaufgaben (RLBau) weiter. Zugleich wollen wir den Klima- und Ressourcenschutz noch stärker berücksichtigen. Neue Vergabe- und Ausschreibungsmodelle wollen wir erproben und umsetzen.

Das bereits in 2023 erreichte Rekordniveau der sozialen Wohnraumförderung mit einer Wohnbaumilliarde werden wir verstetigen, um für den Wohnungsbau eine verlässliche Investitionsperspektive zu schaffen. Wir wollen, dass vom Land geförderter und mit Belegungs- und Mietpreisbindungen versehener neuer Wohnraum mit bereits bestehenden Wohnungen getauscht werden kann.

Kommunales, studentisches (einschl. Auszubildende) und genossenschaftliches Wohnen wollen wir gezielt fördern und Siedlungsbestände in den Vorstädten und auf dem Land modernisieren.

Wir wollen Bayern mit dem modernsten Baurecht ausstatten. Bauen soll zukünftig in Bayern deutlich einfacher und schneller gehen. Hierzu werden wir Baunormen entschlacken, z.B. bei Raumordnungsverfahren, sowie umfassend Regelungen bei Um-

weltstandards und dem Daten- und Denkmalschutz prüfen und wo möglich reduzieren. Umnutzungen, Aufstockungen und Mitarbeiterwohnungsbau sollen in Zukunft deutlich einfacher werden. Das digitale Baugenehmigungsverfahren soll zum Regelverfahren werden und der digitale Bauantrag in den kommenden Jahren möglichst von allen Unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern angeboten werden.

Innovationen am Bau wollen wir unterstützen und mehr Spielräume für experimentelle und einfache Lösungen ermöglichen. Modulares und serielles Bauen wollen wir in Bayern stärken und ihnen zum Durchbruch verhelfen. Mit einem kostenlosen Viewing der Bodenrichtwerte wollen wir Investitionen deutlich beschleunigen.

Klima und Bauen sind für uns keine Gegensätze. Wir haben daher bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Bayerisches Holzbauförderprogramm aufgelegt. Dieses wollen wir auf weitere klimaneutrale Baustoffe ausweiten.

6. Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst

Die rund 380.000 Beschäftigten des Freistaats Bayern sind das Rückgrat der Staatsverwaltung. Der Freistaat honoriert dies durch gute Arbeitsbedingungen und eine im Bundesvergleich herausragend gute Bezahlung und Besoldung. Seit 2013 wurden die Tarifabschlüsse aus dem Angestelltenbereich zeit- und wirkungsgleich auf unsere Beamtinnen und Beamten übertragen. Wir bekennen uns auch weiterhin zu einem starken Öffentlichen Dienst und zum Berufsbeamtentum in seiner bewährten Ausprägung. Das Modell des politischen Beamten lehnen wir für Bayern nach wie vor ab. In Zeiten des schärfer werdenden Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte muss auch der Freistaat Bayern weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Wir intensivieren daher weiter unsere Bemühungen um die Nachwuchsgewinnung.

Wir vereinbaren daher:

Wir stehen für einen schlanken und leistungsfähigen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert.

Beförderungen bleiben das Kernelement zur Honorierung von Leistung der Beschäftigten des Freistaats. Wir werden daher die Beförderungsmöglichkeiten in Bayern für alle Beamtengruppen kontinuierlich weiter verbessern, auch durch Stellenhebungen.

Bei der Besoldung wollen wir die bayerische Spitzenposition auch künftig behalten und die Vorgaben der Rechtsprechung zur Besoldungshöhe erfüllen. Daher stehen wir auch weiter zu einer zeitgleichen und systemgerechten Übertragung des Tarifiergebnisses auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten, insbesondere auch auf die Anwärterinnen und Anwärter, sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beamtenpension ist eines der Argumente für ein Arbeitsleben im öffentlichen Dienst. Wir wollen hier keine Experimente. Pläne für eine Einbeziehung unserer Beamtinnen und Beamten in eine Bürgerversicherung oder in die Rentenversicherung werden daher weiterhin klar abgelehnt. Der Bayerische Pensionsfonds als Schutz vor demografisch bedingten Belastungsspitzen ist ein Erfolgsmodell, das wir fortführen

wollen. Wir streben eine Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen an und machen somit eine Beschäftigung auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze attraktiver. Wir wollen auch weiterhin für beste Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sorgen:

Für Bewerberinnen und Bewerber stehen zunehmend Werte wie die Sinnhaftigkeit und Wertbezogenheit der Tätigkeit sowie die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben im Vordergrund. Wir werden den öffentlichen Dienst in Bayern noch weiter darauf ausrichten, insbesondere auch durch die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Führungsfunktionen auch in Teilzeit.

Wir werden das Homeoffice in der Staatsverwaltung dauerhaft etablieren, stets ausgerichtet an den Erfordernissen des Dienstbetriebs. Umgekehrt wollen wir Potentiale des Homeoffice heben: Wir werden Behördenstandorte und staatliche Liegenschaften auf ihre weitere Notwendigkeit infolge des Homeoffice hin prüfen.

Bei der Digitalisierung der Beschäftigungsverhältnisse schreiten wir weiter voran, bei den internen Abläufen wollen wir den flächendeckenden Einsatz der e-Akte und eine weitestgehende Digitalisierung der Arbeitsprozesse erreichen.

IV. Sicher, stark und kraftvoll

1. Für gesunde Staatsfinanzen

Solide Finanzen sind das feste Fundament für eine erfolgreiche Zukunft Bayerns. Bayerische Finanzpolitik ist eine Erfolgsgeschichte: Der Freistaat investiert auf höchstem Niveau, sorgt für beste Infrastruktur und Bildung und unterstützt seine Bürgerinnen und Bürger in vielen Lebenslagen – und all das ohne neue Schulden. Unsere finanzpolitische Solidität ist höchstbewertet. Der Freistaat erreicht immer wieder das Spitzenrating „AAA/A-1+“. Unsere gesunden Staatsfinanzen sind auch in Krisenzeiten ein wichtiger Stabilitätsanker.

Die noch immer fortwirkenden finanziellen Folgen der Corona-Krise, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise und die Inflation stellen den Staatshaushalt aber vor große Herausforderungen. Hierauf wollen wir in den kommenden fünf Jahren besonnen und verantwortungsvoll antworten.

Wir vereinbaren daher:

Der Freistaat Bayern steht auch weiterhin für eine solide, nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik. Neue Schulden lehnen wir ab. Wir wollen auch in schweren Zeiten Chancen statt Schulden für unsere Kinder und Enkelkinder. Wir stehen daher zum ausgeglichenen Haushalt. Eine Umgehung der „Schuldenbremse“, insbesondere durch nicht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben in Einklang stehende kreditfinanzierte Sondervermögen, lehnen wir ab.

Bei der Aufstellung des Staatshaushalts wollen wir die bewährte und gute Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Landtag fortsetzen. Wir werden mit den Staatseinnahmen verantwortungsvoll und mit den vorhandenen Haushaltsreserven sorgsam umgehen. Dafür werden wir besonders auf Ausgabendisziplin achten und alle Aufgaben ständig kritisch überprüfen. In Zeiten steigender Steuereinnahmen werden wir auch weiterhin Haushaltsreserven für schlechtere Zeiten bilden.

Die Sicherung des Haushalts ohne Neuverschuldung hat Priorität und definiert den Rahmen für die in diesem Vertrag festgelegten Maßnahmen. Alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben werden daher nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten umgesetzt.

Wir wollen im Staatshaushalt auch künftig hohe Investitionsausgaben und eine stabile Personalausgabenquote erreichen. Ein Personalmehrbedarf soll daher vorrangig durch Umschichtungen innerhalb der vorhandenen Stellen abgedeckt werden.

Wir wollen aber nicht nur keine neuen Schulden machen, sondern auch die Staatsverschuldung konsequent abbauen. Schulden, die wir zur Finanzierung der Sonderbelastungen im Zuge der Bekämpfung der Corona-Krise aufnehmen mussten, werden wir ab 2024 kontinuierlich zurückführen.

Entlastung für alle bayerischen Bürgerinnen und Bürger und den bayerischen Staatshaushalt wollen wir insbesondere durch eine Veränderung des Länderfinanzausgleichs erreichen. Bayern hat hier bislang über 100 Mrd. Euro eingezahlt und insgesamt gerade einmal 3,4 Mrd. Euro erhalten. Die bayerische Belastung setzt sich mit weiterhin zunehmender Tendenz fort. Wir wehren uns dagegen und klagen deshalb vor dem Bundesverfassungsgericht. Unser Ziel ist: Bayerisches Steuergeld soll vor allem in Bayern für Bayerns Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden.

Die finanziellen Grundlagen für staatliches Handeln schafft eine effiziente Steuer- und Finanzverwaltung, sie bietet den Bürgerinnen und Bürgern einen hochwertigen Service. Wir wollen sie deshalb weiter bedarfsgerecht stärken.

In der Steuerpolitik lautet unsere Grundphilosophie: Weniger bringt mehr. Steuererhöhungen lehnen wir ab. Wir wollen Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen. Gerade in Zeiten hoher Inflation und immer höherer Preise wären höhere Steuern zusätzliche Preistreiber. Wir setzen auf das Gegenteil: Preisbremsen für Bürgerinnen und Bürger, Mittelstand und Industrie. Eine Vermögensteuer lehnen wir klar ab.

Auf Bundesebene werden wir uns für folgende Ziele einsetzen:

- Wir wollen auf bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Bau und Erwerb von Immobilien drängen, etwa durch mehr Spielräume der Länder bei der Grunderwerbsteuer sowie durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten. Wir wollen die Grunderwerbsteuer so ausgestalten, dass sie dem Erwerb oder Bau einer Immobilie für die Familie und auch fürs Alter nicht entgegensteht.
- Die Erbschaftsteuer darf keinesfalls die oft hart erarbeitete Lebensleistung und den Wohlstand vieler Bürgerinnen und Bürger gefährden. Vor allem Bayern ist wegen der hier höheren Grundstückspreise besonders benachteiligt. Familienbesitz soll weiterhin in Familienhand bleiben und nicht durch den staatlichen Zugriff der Erbschaftsteuer gefährdet werden. Erst recht gilt dies für betriebliche Vermögen. Wir wollen, dass die Länder zukünftig selbst entscheiden können, wie hoch die Erbschaftsteuer ist. Wir setzen uns daher für höhere Freibeträge, eine Senkung der Steuersätze und eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer ein. Ziel ist eine weitgehende Freiheit der Länder bei Erbschaft- und Schenkungsteuer. Die juristischen Möglichkeiten gegen eine fortwährende besondere Belastung Bayerns bei der Erbschaftsteuer verfolgen wir weiter.
- Wir wollen echte Preisbremsen für Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere kleinere Einkommen und sozial Schwächere würden durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Getränke entlastet. Für Grundnahrungsmittel wollen wir eine Absenkung des Steuersatzes auf null erreichen. Daneben behalten wir Gastronomie, Hotellerie und Tourismus im Blick. Wir setzen uns für eine dauerhaft abgesenkte Mehrwertsteuer in der Gastronomie ein.
- Als konkret wirksames Mittel gegen steigende Energiepreise fordern wir eine Senkung der Stromsteuer auf breiter Basis und streben daher die Absenkung auf das europäische Mindestmaß für Privathaushalte und für Unternehmen an.
- Die Einkommensteuer muss leistungsfreundlicher werden. Wir streben daher die endgültige Abschaffung der kalten Progression sowie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags an. Wir fordern darüber hinaus die Erhöhung der Pendlerpauschale bereits ab dem ersten Kilometer und ihre Dynamisierung.
- Eine Abschaffung des Ehegattensplittings hingegen lehnen wir ab. Es ist keine beliebig gestaltbare Sondervergünstigung, sondern Ausdruck des besonderen Schutzes, den Ehe und Familie in unserem Grundgesetz genießen. Um Paare mit Kindern und Alleinerziehende besonders zu entlasten, streben wir an, das Ehegattensplitting durch erhöhte Freibeträge für Kinder weiterzuentwickeln.

2. Für eine bürgernahe Justiz

Eine durchsetzungsstarke, schnelle und bürgernahe Justiz sowie ein funktionierender Justizvollzug sind Garanten für Freiheit und Sicherheit in einem starken Rechtsstaat. Bayerns Justiz nimmt hier bundesweit eine Vorreiterrolle ein. 15.000 Beschäftigte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug und 4.500 ehrenamtliche Schöffinnen und Schöffen sorgen täglich dafür, dass Recht und Gesetz lebensnah ausgelegt und angewandt werden. Diese Spitzenstellung der bayerischen Justiz wollen wir sichern und ausbauen.

Wir vereinbaren daher:

Die bayerische Justiz werden wir weiter stärken (z.B. Richter, Staatsanwälte, Justizvollzugsbeamte, Justizwachtmeister).

Wir führen Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter ein.

Wir schützen die, die uns schützen und unseren Rechtsstaat täglich am Laufen halten. Deshalb erhält jedes Justizgebäude in Bayern ein Sicherheitsupdate zum bestmöglichen Schutz von Rechtsprechenden und Rechtsuchenden.

Die Digitalisierungsoffensive in der bayerischen Justiz treiben wir weiter voran. Wir führen deshalb bei allen bayerischen Gerichten und Staatsanwaltschaften bis spätestens 2026 flächendeckend den elektronischen Rechtsverkehr und die e-Akte ein. Als bundesweit einmaliges digitales Leuchtturmprojekt führen wir die bisher bei den Amtsgerichten zerstreuten, gut digitalisierbaren Registersachen an einer Stelle zusammen und bauen Schritt für Schritt ein rein digital arbeitendes zentrales bayerisches Registergericht auf.

Auf Bundesebene setzen wir uns für moderne Verfahrensordnungen und schnellere Gerichtsverfahren ein.

Mit einer Stärkung des Justizvollzugs vervollständigen wir die bayerische Sicherheitsarchitektur. Hierzu treiben wir den Bau der neuen Justizvollzugsanstalten in Marktredwitz und Passau voran.

Auch rechtspolitisch bleibt der Freistaat ein kraftvoller Taktgeber. Als Maxime unserer Rechtspolitik gilt dabei neben dem unermüdlichen Kampf gegen Antisemitismus, Extremismus und Terrorismus insbesondere auch der Schutz des Lebens. Wir sind stolz auf unsere lebendige Verfassung und unseren starken Rechtsstaat.

An Extremisten und Straftäter geht die klare Ansage: Die Wahrung unserer Rechtsordnung ist nicht verhandelbar und wird mit aller Konsequenz durchgesetzt, sowohl auf der Straße als auch im Cyberspace. Der Zweck heiligt niemals die Mittel. Opferschutz geht stets vor Täterschutz. Deshalb

- gehen wir weiter mit konsequenter Härte gegen Antisemitismus, Extremismus, Terrorismus und Fremdenhass vor,
- gibt es für israelfeindliche Bekundungen oder Aktivitäten null Toleranz,
- setzen wir uns für die Strafbarkeit der Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen ein,
- setzen wir den Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie unvermindert fort,
- sagen wir Schleuserkriminalität weiter einen entschiedenen Kampf an,
- erklären wir konsequentes Vorgehen gegen queer-feindliche Übergriffe zukünftig zu einem weiteren Handlungsschwerpunkt unserer Strafverfolgungsbehörden.

Daher setzen wir all unsere diesbezüglichen Initiativen aus der vergangenen Legislaturperiode fort.

Den strafrechtlichen Schutz unserer kritischen Infrastruktur von der Energieversorgung über den Schienenverkehr bis hin zu Krankenhäusern wollen wir verstärken.

Im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz werden wir mit weiteren rechtspolitischen Initiativen dafür sorgen, dass Hasskriminalität eingedämmt wird, die Betroffenen einschlägige Fälle schnell und einfach anzeigen können und umgehend gegen die Urheber vorgegangen wird. Gegen demokratiegefährdende Deepfakes werden wir entschlossen vorgehen und dazu rechtspolitische Initiativen starten.

Wir setzen uns für eine Reform der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung ein und lehnen die Herabstufung von Eigentumsdelikten zu Ordnungswidrigkeiten ab.

3. Für ein Höchstmaß an innerer Sicherheit

Sicherheit ist das Markenzeichen Bayerns. Der Freistaat ist nicht nur in der Kriminalstatistik im bundesweiten Vergleich an der Spitze. Auch internationale Großereignisse wie etwa den G7-Gipfel, die IAA oder die Münchner Sicherheitskonferenz meistern wir in Bayern reibungslos. All dies ist insbesondere Ergebnis der ausgezeichneten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten. Mit mehr als 45.000 Stellen für die Bayerische Polizei haben wir einen neuen Rekordstand erreicht.

Damit der Freistaat seinem Ruf als sicherstes Bundesland auch in Zukunft gerecht wird und seinen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen weiter ein Höchstmaß an Sicherheit bietet, gilt es unsere Sicherheitsbehörden weiterzuentwickeln und auch in Zukunft konsequent gegen Gegner unseres Rechtsstaats vorzugehen.

Wir vereinbaren daher:

Die Polizei genießt in Bayern auch in Zukunft unsere volle Rückendeckung. Wir werden sie entsprechend den wachsenden Herausforderungen in der nächsten Legislaturperiode nochmals kraftvoll stärken.

Die Gesamtmitarbeiterzahl unserer Bayerischen Polizei einschließlich der Grenzpolizei werden wir bis 2028 insgesamt um 2.000 auf über 47.000 Stellen erhöhen und dabei neben neuen Stellen für Polizeivollzugsbeamte auch Verwaltungskräfte und Spezialisten wie z.B. IT-Expertinnen und IT-Experten angemessen berücksichtigen. Sie sollen bayernweit eingesetzt werden, insbesondere bei den Menschen vor Ort, wie z.B. an öffentlichen Plätzen, in Bahnhöfen, U-Bahnen und im ländlichen Raum.

Die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Bayerischen Polizei als Arbeitgeber ist uns außerordentlich wichtig. Bayerische Polizistinnen und Polizisten sind bereits jetzt besser bezahlt als anderswo in Deutschland. Diesen Vorsprung wollen wir behalten und weiterhin sicherstellen.

Die rund 90.000 Fahndungstreffer in den letzten fünf Jahren belegen: Die Bayerische Grenzpolizei sorgt durch intensive Schleierfahndung im grenznahen Raum und an ausgewählten Kontrollstellen an der Grenze für mehr Sicherheit in Bayern und ganz

Deutschland. Da der EU-Außengrenzschutz leider weiterhin mangelhaft ist, ist die Arbeit der Bayerischen Grenzpolizei weiterhin dringend erforderlich. Wir werden die Grenzpolizei daher bis 2028 von 1.000 auf 1.500 Stellen ausbauen. Zudem werden wir auf Bundesebene auf eine Aufstockung der Kapazitäten der Bundespolizei zum Schutz der Grenzen hinwirken.

Unsere Polizei muss sich jederzeit auf ihre Ausrüstung verlassen können und braucht daher die beste und modernste Ausstattung. Deshalb werden wir weiterhin in ihre Einsatztechnik investieren und bei der Beschaffung neuer sowie dem Nachersatz bewährter Ausstattung am Ball bleiben.

Die polizeilichen Aufgaben unterstehen stetem Wandel. Daher ist es erforderlich, die polizeilichen Befugnisse an die technischen, digitalen und rechtlichen Entwicklungen im Einklang mit verfassungsrechtlichen Vorgaben anzupassen. Neue Kommunikations-, Speicher- und Recherchemöglichkeiten sind zukünftig der Schlüssel für erfolgreiche Polizeiarbeit. Dazu gehören auch moderne Recherche- und Analysetools. Die Plattform „VeRA“ sehen wir hierzu als entscheidenden Baustein. Hierfür werden wir in Bayern die rechtlichen Grundlagen schaffen und uns für deren Nutzung auch beim Bund einsetzen.

Hass, Hetze und Gewalt dürfen keinen Raum in Bayern haben. Wir stellen uns den zunehmenden verbalen und körperlichen Angriffen etwa auf Mandatsträger, Journalisten, Rettungskräfte, Migranten und queere Mitmenschen mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegen.

Extremistischen, antidemokratischen und antisemitischen Tendenzen jeglicher Couleur sagen wir weiterhin konsequent und mit Weitblick den Kampf an. Unser Landesamt für Verfassungsschutz leistet hervorragende Arbeit bei der Abwehr extremistischer Bestrebungen. Für einen noch stärkeren Verfassungsschutz werden wir dessen Arbeitsmöglichkeiten an aktuelle technische Entwicklungen und insbesondere an das durch soziale Medien veränderte Kommunikationsverhalten anpassen.

Um extremistischen Tendenzen im Vorfeld effektiv zu begegnen, werden wir unsere Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung sowie zu verstärkter Demokratiebildung und Wertevermittlung an Schulen weiter ausbauen. Wir wollen ein Netzwerk gegen Desinformation aufbauen, um diese besser zu erkennen, darauf reagieren und präventiv den richtigen Umgang mit Informationen aus nicht vertrauenswürdigen Quellen vermitteln zu können.

Dabei werden wir auch die sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter fest im Blick behalten und weiter entschieden gegen sie vorgehen. Ferner sagen wir auch dem Islamismus erneut entschieden den Kampf an. Wir lassen nicht zu, dass sich in unserem demokratischen Rechtsstaat durch Manipulation, Unterwanderung und Ideologisierung islamistische Subkulturen bilden. Gleichzeitig werden wir die zunehmende Radikalisierung von Kleinstgruppen sowie die steigende Gewaltbereitschaft von Rechts- und Linksextremisten genau beobachten.

Zivil- und Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Rettungsdienst

Nur mit gut ausgebildeten Feuerwehr- und Rettungskräften sowie leistungsfähigen Katastrophenschutzstrukturen können wir Schutz und Sicherheit unserer Bevölkerung in allen Lebenslagen gewährleisten und somit die Stabilität unseres Gemeinwesens erhalten.

Um bei der Gefahrenabwehr weiterhin bestmöglich aufgestellt zu sein, werden wir unsere Feuerwehren und Rettungsdienste weiter stärken. Wir werden den Bevölkerungsschutz ausbauen und einen Schwerpunkt auf die nachhaltige Stärkung des Katastrophenschutzes legen, um bestmögliche Vorkehrungen zur Abwehr von Großschadensereignissen zu treffen. Hierfür ist auch das Potential der Betriebsfeuerwehren besser zu nutzen.

Für einen wirksamen Bevölkerungsschutz werden wir auch die Ausbildungs- und Trainingsmöglichkeiten für die Einsatzkräfte der Feuerwehren, der Wasser- und Bergrettung und im Katastrophenschutz weiter verbessern. So werden wir die Staatlichen Feuerweherschulen ausbauen und ihr Ausbildungs- und Fortbildungsangebot

optimieren, die Entwicklung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit und die Erweiterung des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen in Windischeschenbach unterstützen sowie die Errichtung eines Bayerischen Wasserrettungszentrums vorantreiben.

Daneben strebt Bayern den effizienten Ausbau des Sirennennetzes an, an dem sich der Bund aufgrund seiner Verantwortung für den Zivilschutz angemessen beteiligen muss.

4. Für Humanität, Ordnung und Begrenzung bei der Migration

Bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter setzen wir auf Humanität und Ordnung. Wir sagen „Ja“ zu Hilfe und zu Arbeitsmigration, aber „Nein“ zu Überforderung, Kontrollverlust und illegaler Einwanderung. Wir wollen reguläre Migration steuern, irreguläre Migration verhindern, Integration stärken und Parallelgesellschaften entgegenwirken.

Dafür müssen Aufnahme und Integration vor Ort auch leistbar sein. Um die hohen Zuwanderungszahlen schnell und dauerhaft zu reduzieren, fordern wir daher in Deutschland und Europa eine Wende in der Migrationspolitik. Dabei muss künftig das, was bereits Rechtslage ist, auch in der Praxis unmissverständlich sein: Wer keinen anerkannten Schutzgrund hat, sich nicht an die Regeln hält, seine Identität nicht klärt oder straffällig wird, hat kein Bleiberecht und muss unser Land verlassen. Abgelehnte Asylbewerber und Asylbewerber ohne Bleiberecht müssen zurück in ihre Heimat – am besten freiwillig, notfalls durch Rückführungen. Das ist eine Frage von Recht und Gesetz und eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Akzeptanz und Funktionsfähigkeit des Asylsystems dauerhaft erhalten bleibt.

Bayern ist bereits Integrationsland Nummer eins in Deutschland. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Erwerbstätigenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund in ganz Deutschland. Durch erfolgreiche Integration in Arbeit und nicht in die Sozialsysteme schaffen wir Akzeptanz und stärken die Solidarität bei der Aufnahme Geflüchteter. Geflüchteten Kindern und Jugendlichen wollen wir eine Entwicklungsperspektive bieten, wofür der Spracherwerb sowie die schulische Bildung ein entscheidender Schlüssel sind.

Wir vereinbaren daher:

Vom Bund fordern wir eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren, wo immer möglich als Grenzverfahren innerhalb weniger Tage, sowie eine deutliche Beschleunigung der Klageverfahren in Asylsachen.

Für eine geordnete Zuwanderung werden wir alle für den Freistaat bestehenden Handlungsspielräume nutzen, um Zuzugsanreize zu reduzieren. Für Asylbewerber stellen wir soweit rechtlich möglich auf das Sachleistungsprinzip um und werden dafür landesweit eine Bezahlkarten-Lösung einführen. Wir fordern gleichzeitig den

Bund auf, hierfür zeitnah die Voraussetzungen für eine bundeseinheitliche Lösung zu schaffen.

Damit mehr Geflüchtete gemeinnützige Arbeit leisten können, werden wir entsprechende Arbeitsmöglichkeiten ausbauen.

Für rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen Rückkehr oder Rückführung konsequent und zeitnah durchgesetzt werden. Bayern ist Vorreiter im Bereich der Rückführungen. Dafür stehen besonders das Landesamt für Asyl und Rückführungen und die Zentralen Ausländerbehörden. Deren Arbeit setzen wir fort und werden dabei weiterhin den Fokus auf die zügige Rückführung von ausreisepflichtigen Gefährderten und Straftätern richten. Dabei machen wir auch deutlich: Wer die Existenz des Staates Israel in Frage stellt, wird bei uns keine Heimat finden.

Bei der Integration werden wir weiterhin strikt an unserem Grundsatz des Förderns und Forderns festhalten. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Kommunen unsere Integrationsangebote klar auf Sprache, Bildung, Arbeit und Alltagskultur ausrichten. Die besonders wichtige Integration geflüchteter Kinder werden wir durch den Ausbau der Sprach-Kitas verbessern. Wir wollen flächendeckende Sprachtests vor der Aufnahme in die Schule einführen und werden bei zu großen Sprachdefiziten ein verpflichtendes Vorschuljahr oder den verpflichtenden Besuch von Sprachunterricht intensivieren. Ein entsprechendes praxistaugliches Konzept wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und Lehrerverbänden erstellen. Wir werden die Sprachangebote für alle Geflüchteten ausbauen.

Wir werden auf Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber dann verzichten, wenn ein fester Arbeitsplatz oder ein Ausbildungsvertrag besteht und keine Straftaten oder Gefährdungslagen vorliegen. Auch Menschen, die auf absehbare Zeit nicht abgeschoben werden können, müssen schnellstmöglich in Arbeit gebracht werden. Wir werden dabei weitestgehend die Verweisung auf Visaverfahren vermeiden.

Wir machen uns für eine Stärkung der legalen Erwerbsmigration stark. Im Mittelpunkt steht dabei die deutliche Vereinfachung der Verfahren. Bayern hat hier bereits wichtige Maßnahmen umgesetzt. Diesen Weg gehen wir weiter.

Vom Bund fordern wir weiterhin endlich geeignete Maßnahmen zur Beschleunigung und Ertüchtigung von Visaverfahren für Fachkräfte. Aktuell erweisen sich häufig überlange Wartezeiten bei den deutschen Auslandsvertretungen als massives Hindernis für die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte. Es ist generell eine schnellere und leichtere Anerkennung von Bildungsabschlüssen notwendig.

Der Bund muss endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um die irreguläre Migration nach Bayern, Deutschland und Europa nachhaltig und spürbar zu begrenzen. Dazu bedarf es einer realistischen Integrationsgrenze für Deutschland, die sich am Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen orientiert. Um die Herausforderungen der weltweiten Krisen und Migrationsbewegungen zu bewältigen, braucht es zwingend auch europäische Lösungen. Von der Bundesregierung fordern wir deshalb, sich für einen raschen Abschluss und dann eine konsequente Umsetzung der EU-Asylreform einzusetzen.

Der Bund muss in Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern insbesondere endlich für einen effektiven EU-Außengrenzschutz sorgen und die Sekundärmigration innerhalb Europas unterbinden, deren Hauptlast Deutschland trägt. Außerdem erwarten wir vom Bund deutlich stärkere Bemühungen für eine gerechte Verteilung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sowie für eine nachhaltige Verhinderung von Sekundärmigration zu Lasten Deutschlands.

Zusätzliche Aufnahmeprogramme des Bundes lehnen wir ab. Statt stärkere Anreize für Migration zu setzen und unsere Kommunen dadurch zusätzlich zu belasten, muss die Bundesregierung endlich effektive Maßnahmen zur Umsetzung der angekündigten Rückführungsoffensive ergreifen. Dazu gehört der Abschluss von Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern.

Solange der Schutz der EU-Außengrenzen mangelhaft ist, fordern wir vom Bund die Durchführung stationärer Grenzkontrollen. Für den Schutz gegen illegale Einwanderung bedarf es auch einer deutlichen personellen Aufstockung der Bundespolizei nach dem Vorbild der Bayerischen Grenzpolizei. Der Bundespolizei muss es künftig möglich sein, Asylbewerber, die aus einem EU-Mitgliedsstaat einreisen, zurückzuweisen.

Bei den Rückführungen erwarten wir vom Bund eine stärkere Unterstützung der Länder. Zielführend wäre insbesondere die Einrichtung von Bundesausreisezentren unmittelbar an deutschen Großflughäfen.

Der Bund muss seiner Verantwortung und seinen Zusagen nachkommen und darf die Hilferufe der Städte, Landkreise und Gemeinden nicht länger ignorieren. Sie brauchen – dauerhaft und gesichert – deutlich mehr Geld und Unterstützung vom Bund.

Wir fordern vom Bund die Reduktion weiterer Pull-Effekte, wozu vor allem auch die hierzulande im europäischen Vergleich großzügigen Sozialleistungen für Schutzsuchende und Asylbewerber zählen. Wir setzen uns insoweit für eine strikte Entkopplung des Bürgergelds und der Sozialhilfe von den Asylbewerberleistungen ein. Denn es muss wieder gelten: Wer in die Sozialsysteme eingezahlt hat, muss stets mehr erhalten können als jemand, der noch nie eingezahlt hat.

Die Einbürgerung ist der Schlusspunkt einer erfolgreichen Integration und das wertvollste Gut, das ein Staat vergeben kann. Sie erfordert ein klares Bekenntnis zu unseren Werten und unserer Sprache. Die Pläne der Bundesregierung, Ausländerinnen und Ausländer auch ohne erforderliche Integration oder ausreichende Sprachkenntnisse einzubürgern, lehnen wir deshalb entschieden ab.

5. Für einen Schutz vor äußeren Bedrohungen

Der Überfall auf die Ukraine hat Europa und der Welt gezeigt, wie schnell lang ge- glaubte sicherheitspolitische Gewissheiten dahin sein können und unmittelbare Ver- teidigungsfähigkeit gefragt ist. Bayerns zentrale Lage in Europa, umgeben von be- freundeten Staaten, täuscht uns nicht darüber hinweg, dass wir in Europa eine si- cherheitspolitische Zäsur erleben. Auch die Situation im Nahen Osten und der Terror- angriff auf Israel haben Auswirkungen auf unsere Sicherheitslage.

Wir vereinbaren daher:

Wir fordern den Bund auf, der Verantwortung für die Landes- und Bündnisverteidi- gung nachzukommen. Wir schaffen in unserer Zuständigkeit die Voraussetzungen für die Bereitstellung weiterer militärischer Infrastruktur. Wir beschleunigen den Bau und die Modernisierung von Infrastruktur und bauen dafür bedarfsgerechte Kapazitäten auf.

Vom Bund fordern wir den Erhalt und Ausbau aller Bundeswehrstandorte in Bayern und die Fortführung bestehender Planungen, insbesondere den Aufbau eines Sani- tätsregiments am Standort Kaufbeuren und eine Aktualisierung des Nutzungskon- zepts für den Standort Lagerlechfeld.

Bayern bekennt sich zur Bundeswehr und zu den US-Streitkräften auf bayerischem Boden. Insgesamt wird Bayern seinen Beitrag zum langfristigen Erhalt und Ausbau der Standorte von Bundeswehr und US-Streitkräften in Bayern und zum Schutz un- serer Verbündeten an der NATO-Ostflanke leisten.

Das Sanitätswesen der Bundeswehr im Allgemeinen sowie die Sanitätsakademie der Bundeswehr in München sollen gestärkt werden. Bayern soll zu einem Schwerpunkt für den Sanitätsdienst der Bundeswehr ausgebaut werden.

Bayern stärkt den Soldatinnen und Soldaten den Rücken durch eine höhere öffentli- che Sichtbarkeit der Bundeswehr und unterstützt die Bundeswehr durch die mietfreie

Überlassung staatlicher Liegenschaften für Veranstaltungen wie öffentliche Gelöbnisse.

Genauso stehen wir zu unserer bayerischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Sie darf nicht durch Vorgaben der EU-Taxonomie behindert oder benachteiligt werden. Die Wehrindustrie ist von zentraler Bedeutung für unsere Sicherheit in Deutschland und in Europa und benötigt Planungssicherheit. Ebenso fordern wir, die Bedingungen für den Export von Dual-Use-Gütern zu verbessern.

Die Zusammenarbeit mit der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) soll gestärkt werden, insbesondere sollen gemeinsam Themen und Formate identifiziert werden, mit denen der Austausch zwischen Bayern und der Welt weiter intensiviert und die Expertise der MSC noch besser genutzt werden kann.

Bildungs- und Forschungsangebote zu sicherheitspolitischen Themen sollen in Bayern erweitert werden, auch um mehr Bewusstsein und Wissen in der Bevölkerung dazu zu schaffen. Insbesondere sollen zwei neue Lehrstühle für Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie Militärpolitik eingerichtet werden.

Die geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen rücken auch den Katastrophenschutz wieder mehr in den Fokus: Verteidigungsfähigkeit und Zivilschutz gehen Hand in Hand. Kürzungen des Bundes im Katastrophenschutz lehnen wir ab. Wir werden die Resilienz kritischer Infrastrukturen stärken, insbesondere gegen Angriffe aus dem Cyberraum.

V. Nachhaltig, modern und zukunftssicher

1. Für den Ausbau unserer Heimatenergien

Die sichere, günstige und nachhaltige Versorgung mit Energie ist die Grundlage unserer modernen Gesellschaft und unseres Wohlstands. Wir setzen auf einen ausgewogenen Mix an verschiedenen erneuerbaren Energieträgern. Wir wollen keinen einseitigen Ausbau zugunsten einer Energieform, sondern eine gesunde Mischung.

Bayern fühlt sich seit Jahrzehnten einer CO₂-armen Energieerzeugung verpflichtet und ist auch jetzt Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. In keinem anderen Bundesland wurde in den vergangenen Jahren so viel installierte Leistung zugebaut wie im Freistaat. Bei Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sind wir bundesweit Spitzenreiter.

Von zentraler Bedeutung sind grundlastfähige Erneuerbare Energien – hier haben wir schon jetzt den höchsten Anteil. Diesen Kurs setzen wir konsequent fort. Wir setzen auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität, um Bayern als Industrie- und Gewerbestandort attraktiv zu halten. Wir schützen Arbeitsplätze und heimische Wertschöpfung, entlasten die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher und schonen Klima und Umwelt.

Wir vereinbaren daher:

Wir wollen den Ausbau unserer Heimatenergien nochmals forcieren und die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2030 verdoppeln.

Die Stromerzeugung aus Photovoltaik wollen wir bis 2030 verdreifachen. Das Potential hierfür auf staatlichen Gebäuden wollen wir bis 2025 voll ausschöpfen. Das Potential von Photovoltaik im Bereich der Landwirtschaft, auf Moor- und Wasserflächen sowie Überschwemmungsgebieten sowie entlang von Verkehrsflächen, wie z.B. auf Lärmschutzwänden, wollen wir nutzen. Dabei gilt es, die Kombination erneuerbarer Energien mit Landwirtschaft, beispielsweise durch Agri-PV, besser zu nutzen, um landwirtschaftliche Flächen zu schonen.

Auch bei der Windkraft ist es unser Ziel, mittelfristig einen Spitzenplatz in Deutschland beim Wind an Land zu erreichen. Unser erstes Ziel auf diesem Weg sind 1.000 neue Windkraftanlagen im Freistaat bis 2030. Hierfür bauen wir die staatliche Windenergiegesellschaft „Bayern Wind“ unter dem Dach der Bayerischen Staatsforsten auf. Sie soll die Stromerzeugung im Staatswald ausweiten und beschleunigen. Daneben treiben wir die großen Windparks im bayerischen Chemiedreieck und im Frankenwald zügig voran und heben auch das Potential von Windkraft in Privatwäldern. Die Tätigkeit unserer regionalen Windkümmerer wollen wir fortführen.

Ein finanzieller Ausgleich für die Region und eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kann die Akzeptanz vor Ort entscheidend erhöhen. Wir setzen uns daher gegenüber dem Bund für bundesweit einheitliche und verbesserte Regelungen zur Beteiligung von Standortkommunen und Bürgerinnen und Bürgern ein. Sollte die Bundesregierung hier nicht handeln, werden wir eine landesgesetzliche Regelung einführen.

Mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen militärischen Vorgaben und dem Ausbau der Windkraft fordern wir den Bund auf, die Genehmigung hinsichtlich des militärischen und zivilen Luftverkehrs zu erleichtern.

Die Wasserkraft ist eine ganz besonders bayerische Energieform. Sie ist als klimaneutrale und zugleich grundlastfähige Energie ein zentraler Pfeiler. Wir wollen das Ausbaupotential der Wasserkraft in Bayern ausschöpfen. Unser Ziel sind auch neue Anlagen, insbesondere an der Salzach. Wir stehen einer Übernahme der bayerischen Wasserkraftwerke, die im Eigentum von Uniper stehen, offen gegenüber, sofern der Bund diese zum Verkauf anbietet. Die Staatsregierung wird im Einzelfall prüfen, ob bayerische Wasserkraftanlagen, für die Heimfallrechte bestehen, in das Eigentum des Freistaates überführt werden.

Die grundlastfähige Bioenergie ergänzt unsere Landwirtschaft als weitere prägende Heimatenergie. Bis 2030 wollen wir den Anteil von Biomasse um 15 % steigern. Für eine breitere wirtschaftliche Nutzung der Bioenergie fordern wir zudem eine Beendi-

gung der Benachteiligung und stattdessen die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Biomasse durch den Bund. Insbesondere fordern wir auch Perspektiven für Biogasanlagen.

Zugleich streben wir einen Ausbau der Geothermie an und wollen bis 2050 insgesamt 25 % des bayerischen Wärmebedarfs im Gebäudebereich mit Erdwärme decken. Wir setzen uns zudem für den Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie für die Fortführung und deutliche Ausweitung des Bundesförderprogramms ein. Wir setzen uns für eine praxistaugliche und möglichst weitgehende Absicherung des Fündigkeitsrisikos ein. Ein Kompetenzzentrum Geothermie am Landesamt für Umwelt wird Kommunen und Investoren beraten. Wir prüfen ein Pilotprojekt für petrothermale Geothermie in Nordbayern.

Den Ausbau Erneuerbarer Energien werden wir gemeinsam mit dem Ausbau der Netze denken. Sowohl im Übertragungs- wie im Verteilnetzbereich werden wir uns gegenüber dem hauptverantwortlichen Bund weiter für einen beschleunigten Ausbau einsetzen. Wir werden uns konstruktiv in die Netzentwicklungsplanung einbringen und wollen insbesondere sicherstellen, dass diese auf realistischen Annahmen zum Strombedarf Bayerns basiert.

Sollte der Bund das deutsche Übertragungsnetz des niederländischen Stromnetzbetreibers TenneT übernehmen, steht der Freistaat einer Beteiligung am Heimatnetz offen gegenüber.

Um zu jeder Tages- und Nachtzeit auch ohne Wind und Sonne die Stromnachfrage zu decken, brauchen wir bundesweit wie auch in Bayern einen erheblichen Zubau gesicherter Leistung in Form von wasserstofftauglichen Gaskraftwerken. Hier muss der Bund zügig entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Zur Abfederung von Lastspitzen wollen wir dezentrale Energiespeicher umfangreich ausbauen. Dazu wollen wir die Kommunen beim Aufbau von Speicherkapazitäten unterstützen und auch zusätzliche Pumpspeicherkraftwerke ermöglichen.

Bayern soll Standort für die Entwicklung und Herstellung modernster Batterien werden. Wir wollen außerdem Netzbetreibern den Bau von Kurzzeitspeichern ermöglichen.

Wir erwarten vom Bund einen nachdrücklichen Einsatz für die Beibehaltung der gemeinsamen Stromgebotszone.

Wir fordern den Bund auf, das Potential der noch vorhandenen Kernkraftwerke zu sichern. Soweit aus technischer Sicht und unter Beachtung unserer hohen Sicherheitsstandards möglich, wollen wir die bayerischen Kernkraftwerke zur Versorgungssicherheit mit bezahlbarem, verlässlichem und CO₂-freiem Strom übergangsweise reaktivieren.

Grüner Wasserstoff ist der nachhaltige Treibstoff der Zukunft und unverzichtbar für die Dekarbonisierung. Wir wollen Bayern daher zum Wasserstoffland Nummer eins und Wasserstoffdrehscheibe in Europa entwickeln und die Produktionskapazitäten in Bayern für grünen Wasserstoff erheblich ausbauen. Für die künftig notwendigen Importe werden wir uns nicht allein auf einen Anschluss Bayerns an Wasserstoff-Terminals im Norden verlassen, sondern selbst alle Anstrengungen für einen gesicherten Pipeline-Anschluss Bayerns von der Adria über Österreich nach Bayern unternehmen. Die Staatsregierung strebt die Beteiligung an einem oder mehreren Wasserstoffleitungsbetreibern an. Wir werden die Wasserstoffwirtschaft in Bayern weiter kraftvoll vorantreiben und setzen dabei auf das Wasserstoffzentrum H2.B und das Wasserstoffbündnis in Nürnberg sowie das Wasserstoff-Technologieanwendungszentrum Pfaffenhausen als wichtige Leuchtturmprojekte.

Wir fördern den weiteren Ausbau von Wasserstoff-Tankstellen und Elektrolyseuren und werden in den nächsten Jahren insgesamt 700 Mio. Euro in die Nutzung von Wasserstoff investieren. Wir unterstützen damit neben industriellen Wasserstoffgroßprojekten auch kleinere Investoren und Kommunen. Die Umrüstung von Erdgasnetzen auf Wasserstoffnetze ist ein wichtiges Vorhaben zur Dekarbonisierung.

Holz ist und bleibt für uns ein nachhaltiger Energieträger, insbesondere auch für die Erzeugung von Wärme. Wir werden daher auf sämtlichen Ebenen alles dafür tun, das Heizen mit Holz zu erhalten und weiterhin zu unterstützen.

Aufbauend auf der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral“ werden wir einen Energieplan Bayern 2040 auflegen. Wir prüfen die Weiterentwicklung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz.

2. Für den Schutz von Klima und Umwelt

Wir schützen Mensch, Tier, Umwelt und Klima. Die Bewahrung der Schöpfung ist uns aus Überzeugung Auftrag. Das ist Verantwortung für kommende Generationen und folgt unmittelbar aus unserer christlichen Werteorientierung. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gehört zum Kern unserer Politik. Nur in einer gesunden Umwelt kann die hohe Lebensqualität für die Menschen in Bayern erhalten werden.

Mit unserem Bayerischen Klimaschutzgesetz haben wir einen wichtigen Grundstein gelegt und setzen nun unsere dort festgelegten Maßnahmen konsequent um.

Ebenso wappnen wir uns gegen Auswirkungen des Klimawandels und treffen Vorkehrungen für Wetterextreme wie Hitze, Dürre oder Hochwasser. Mit unserer bayerischen Klimamilliarde haben wir den finanziellen Rahmen für diese kraftvollen Maßnahmen vorgegeben.

Zur Lebensqualität trägt auch ein Orientierung gebender bürgernahe Verbraucherschutz bei. Die Digitalisierung als Zukunftsthema bietet eine große Chance für den Umwelt- und Verbraucherschutz. Wir verbessern und vereinfachen staatliches Handeln, bauen Bürokratie ab und beschleunigen Verwaltungshandeln. Eine erfolgreiche Digitalisierung soll auch kommunale und nichtstaatliche Bereiche einbinden.

Wir vereinbaren daher:

An unserem Ziel Klimaneutralität bis 2040 halten wir fest. In Bayern wird Klimaschutz mit den Bürgerinnen und Bürgern gemacht, nicht gegen sie. Wir setzen beim Klimaschutz auf Technologieoffenheit und den Einklang mit den Bürgerinnen und Bürgern, nicht auf Verbote.

Den Bund fordern wir auf, die Länder im Umfang von mindestens 25 % an den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zu beteiligen.

Mit unserem Bayerischen Klimaschutzgesetz und dem Bayerischen Klimaschutzprogramm mit rund 150 Maßnahmen haben wir uns in fünf wesentlichen Sektoren ambitionierte Ziele gesetzt. Diese gilt es fortzuentwickeln und auch den natürlichen Klimaschutz, z.B. Wälder und Moore, zu stärken.

Unsere Anstrengungen im Bereich von Klimaarchitektur und klimaangepasstem Bauen werden wir fortsetzen und intensivieren. Wichtig ist dabei eine zukunftsgerichtete Bauleitplanung mit blauer und grüner Infrastruktur und Stärkung des Schwammstadtprinzips.

Moore sind Multitalente und speichern große Mengen CO₂. Ihrem Schutz kommt eine besondere Bedeutung zu: Wir bekennen uns zum Ziel, gemeinsam mit den Landeigentümern und -nutzern 55.000 Hektar Moorfläche in Bayern bis 2040 wiederzuvernässen. Unser Moorwaldprogramm und Moorbauernprogramm führen wir fort.

Wasser ist Leben und ist ein großer Schatz. Die langfristige Sicherung des Gewässerschutzes und der Wasserversorgung hat für uns höchste Priorität. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch künftigen Generationen Grundwasser in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. Die Gesamtstrategie „Wasserzukunft Bayern 2050“ setzen wir kraftvoll um.

Ein besonders kostbares Gut ist das Trinkwasser. Dieses gilt es zu schützen und gleichzeitig ganz Bayern damit zuverlässig und nachhaltig zu versorgen. Unser Ziel ist es, Wasser zu sparen, zu speichern und in alle Regionen Bayerns zu verteilen (Wasserspanne). Dabei lautet unser Grundsatz „Kommunal vor Kommerz“. Wir wenden uns gegen jede Form der Privatisierung. Um die Kostbarkeit unseres Trinkwassers zu unterstreichen und um dieses noch besser zu schützen, führen wir einen zweckgebundenen Wassercent ein. Mit den Einnahmen finanzieren wir ausschließlich wasserwirtschaftliche Vorhaben und Maßnahmen des effektiven Wasserschutzes sowie der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung.

Das Tiefengrundwasser steht unter besonderem Schutz, es ist unsere eiserne Reserve. Als unsere originäre Aufgabe betrachten wir es, Bayern mit Trinkwasser zu versorgen; einen „Länderwasserausgleich“ zu Lasten Bayerns, wie ihn die neue Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung vorsieht, lehnen wir daher ab.

Auch die Wasserqualität behalten wir im Auge und wollen deswegen die Nitratbelastung verringern. Wir streben in diesem Zusammenhang einzelbetriebliche, verursa-

chergerechte Regelungen (Stickstoffbilanzen) an, um praxistaugliche Düngevorgaben für die Landwirtschaft zu erreichen. Mit Blick auf geltendes EU-Recht werden wir zwischenzeitlich ein repräsentatives und faires Messstellennetz mit raschen Korrekturmöglichkeiten errichten.

Bereits heute leisten unsere Kommunen bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Großes. Bei dieser wichtigen Zukunftsaufgabe lassen wir die Kommunen nicht allein. Wir wollen die Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben grundlegend überarbeiten und im Hinblick auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen neu ausrichten.

Als weiteren Baustein zum Schutz unseres Wassers sehen wir das Vorantreiben wassersparender Bewirtschaftungsmethoden, die dazu beitragen, dass verfügbares (Regen-)Wasser bestmöglich genutzt wird. Die Auswirkungen des Klimawandels machen das Management von Trockenheit und Niedrigwasser für Bayern zu einer zentralen Zukunftsaufgabe.

Wir unterstützen unsere Landwirte, Hopfenpflanzer und Winzer durch eine Förderung bei der Entwicklung zukunftsfähiger, überbetrieblicher Bewässerungskonzepte, die nachhaltig verfügbare Wasserressourcen nutzen. Mit weiteren Pilotprojekten fördern wir mit der vereinten Kompetenz aus Umwelt und Landwirtschaft die bauliche Umsetzung.

Der Klimawandel lässt für Bayern jedoch nicht nur Trockenperioden, sondern auch mehr Starkregenereignisse erwarten. Dementsprechend muss der Hochwasserschutz in Bayern konsequent weiter vorangetrieben werden. Als Bestandteil der Gesamtstrategie „Wassersicherheit 2050“ sehen wir den Hochwasserschutz als langfristige Aufgabe. Den Hochwasser-Check für Kommunen setzen wir fort.

Den Kommunen sollen weitere Handlungsspielräume für einen flächendeckenden Schutz vor 100-jährlichen Hochwassern eröffnet werden. Hierfür werden wir die Rahmenbedingungen prüfen und, wenn notwendig, Gesetzesänderungen vornehmen.

Die Bewahrung der Lebensgrundlagen, die Vielfalt bayerischer Kulturlandschaft und die Biodiversität sind Grundlage für ein lebenswertes Bayern. Wir gehen den Weg der Freiwilligkeit konsequent weiter. Die bayerische Erfolgsgeschichte beim Artenschutz wie auch beim Streuobstpakt wird fortgesetzt. Wir wollen das Vertragsnaturschutzprogramm bis zum Ende der Legislaturperiode auf 200.000 Hektar weiter ausbauen.

Um Bayerns intakte Umwelt zu bewahren, möchten wir den kooperativen Naturschutz in Zusammenarbeit mit den Landschaftspflegeverbänden und den bayerischen Biotopverbund unter Einbeziehung von „Natur auf Zeit“-Flächen stärken.

Wir setzen auf die Stärkung der Naturparke; einen dritten Nationalpark werden wir in Bayern nicht realisieren.

Wir schaffen die Voraussetzungen für den Ausbau von naturnahem Tourismus in allen Landesteilen; Schwerpunkte liegen dabei auf Natur, Regionalität und Besucherlenkung.

Der Freistaat Bayern steht zu dem Erfolgskonzept der Landesgartenschauen als Motor für eine nachhaltige Gestaltung unserer Kommunen.

Wir bekennen uns zu einer deutlichen und dauerhaften Senkung der Flächenneuanspruchnahme und werden zu diesem Zweck die Bayerische Flächensparoffensive fortführen. Dabei dürfen die Entwicklungsmöglichkeiten für Wirtschaft, Wohnen, Kommunen und Infrastruktur nicht über Gebühr eingeschränkt werden. Wir streben eine Halbierung der Flächenneuanspruchnahme auf 5 Hektar pro Tag bis 2030 an, wobei ein besonderes Augenmerk auf die tatsächliche Versiegelung zu richten ist.

Zum Schutz unserer Böden und zur Schonung vorhandener Deponieräume nutzt Bayern die Möglichkeit der Länderöffnungsklausel bezüglich des Verfüllleitfadens und der Mantelverordnung aus.

Wir unterstützen regionale Produktionsketten und verbessern das Tierwohl in der Nutztierhaltung mit unseren Landwirtinnen und Landwirten. Wir sichern die flächendeckende tierärztliche Versorgung mit dem umfassenden Zukunftskonzept Landtierärzte und führen eine Landtierarztquote ein.

Verstärken wollen wir den Tierschutz. Dazu gehört die Unterstützung für Tierheime und tierheimähnliche Einrichtungen wie zum Beispiel die Reptilienauffangstation München.

Der Verbraucherschutz in Bayern wird auch weiterhin am Dreiklang bürgernah, modern und gesundheitsfördernd ausgerichtet. Mit einer Digitalisierungsoffensive soll das Verbraucherschutzsystem in Bayern noch verbessert werden. Zudem wird der Verbraucherschutz in Bayern auch weiterhin durch eine handlungsfähige Gewerbeaufsicht gestärkt, damit unsere qualitativ hochwertigen Produzenten gegenüber Importen aus Ländern mit niedrigeren Standards geschützt werden. Einen niederschweligen Ansatz können Reparatur-Cafés bieten.

Auch die Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle muss zügig zu einem Abschluss gebracht werden. Dabei muss die Sicherheit an oberster Stelle stehen. Geologisch ungeeignete Regionen müssen vom Bund sofort ausgeschlossen werden. Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geologisch geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.

3. Für eine umfassende Mobilität

Bei der Mobilität setzen wir auf die Stärken aller Verkehrsträger und spielen nicht den einen gegen den anderen aus. Vor allem im ländlichen Raum wird das Auto auch künftig für die Menschen das wichtigste Verkehrsmittel sein, in den Ballungsgebieten können der Öffentliche Personennahverkehr und das Fahrrad eine zentrale Rolle spielen.

Wir setzen auf erstklassige Angebote in allen Bereichen der Mobilität. Diesen Kurs setzen wir fort. Ein pauschales Verbrenner-Verbot, ein allgemeines Tempolimit sowie generelle Fahrverbote lehnen wir ab. Stattdessen stehen wir für Technologieoffenheit. Den Öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Land wollen wir gleichberechtigt ausbauen und die Umstellung auf klimaneutrale Antriebe deutlich vorantreiben.

Wir vereinbaren daher:

Wir wollen das Autoland Bayern in die Zukunft führen und fordern daher bessere Rahmenbedingungen wie den Ausbau einer E-Ladeinfrastruktur und Berücksichtigung von E-Fuels. Die Forschung zu E-Fuels am Campus Straubing wollen wir zusammen mit Fraunhofer und TU München weiter ausbauen mit dem Ziel, unsere staatliche Bestandsflotte mit E-Fuels klimaneutral zu machen. Vom Bund fordern wir eine Steuerbefreiung von der Energiesteuer für nichtfossile Bestandteile bei Kraftstoffen.

Wir wollen die Investitionen in die Staatsstraßen auf hohem Niveau verstetigen, einen Schwerpunkt bei der Erhaltung des Bestands setzen sowie das vorhandene Netz bestandsorientiert ausbauen und sinnvoll ergänzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in besonderen Ausnahmefällen (Fahrten von und zur Arbeits- und Ausbildungsstätte) eine Fahrerlaubnis der Klasse B ab 16 Jahren durch die Verwaltungsbehörden erteilt werden kann.

Wir wollen den Bau neuer Radwege im staatlichen und im kommunalen Bereich verstetigen und 1.500 Kilometer Radwege bis 2030 realisieren. Durch gezielte Lückenschlüsse sollen landesweit durchgehende Radwegverbindungen geschaffen werden.

Mit Radschnellwegen wollen wir direkte regionale Verbindungen schaffen und ein kraftvolles Zeichen für den Ausbau klimaneutraler Mobilität gerade in den Ballungsräumen setzen. Um den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu fördern, investieren wir auch in Fahrradstraßen und Abstellanlagen.

Wir machen Bayern zum modernsten Bahnland Deutschlands. Hierzu wollen wir, dass der Bund den Schienenausbau im Freistaat massiv vorantreibt. Die Schieneninfrastruktur im ganzen Land soll weiter ausgebaut werden, um mehr Güter und Personen auf die Schiene zu bringen. Nur das bietet die Grundlage für ein besseres Zugangebot und mehr Pünktlichkeit. Wir setzen auf die Vollelektrifizierung der Bahnstrecken. Gleichzeitig setzen wir Pilotprojekte für Wasserstoffzüge fort.

Dabei haben wir ganz Bayern im Blick. Wir starten eine Planungsoffensive bei ausgewählter Schieneninfrastruktur (z.B. Elektrifizierung, neuen Bahnhöfen, Barrierefreiheit, eingleisigen Engstellen). Bayern geht daher in Vorleistung, um schneller zu bauen und möglichst viel Bundesgeld nach Bayern zu holen.

Bei zentralen Strecken wie der Franken-Sachsen-Magistrale werden wir den Bund nicht aus der Verantwortung lassen. Den Bund fordern wir auf, die antiquierte Wirtschaftlichkeitsberechnung speziell bei Elektrifizierungsprojekten schnellstmöglich zu reformieren. Wir starten zudem ein Bayerisches Aktionsprogramm für barrierefreie Stationen mit dem Ziel, 100 weitere barrierefreie Stationen im bayerischen Bahnnetz bis 2028 zu schaffen.

Wir halten am Bayerntakt fest. Taktlücken im Schienenverkehr wollen wir schließen (z.B. Ingolstadt-Nürnberg, Gmunden-Bad Kissingen).

In den Ballungsräumen München und Nürnberg werden wir den Ausbau der Bahnknoten weiter voranbringen. Wir wollen die Erreichbarkeit des Münchner Flughafens Franz Josef Strauß optimieren, einen durchgehenden 20-Minuten-Takt bei der S-Bahn verwirklichen, einen S-Bahn-Ring realisieren, innovative Verkehrsprojekte fördern und zukunftsfähige Personennahverkehrssysteme unterstützen. Außerdem fordern wir die ICE-Anbindung des Münchner Flughafens.

Wir bekennen uns zur 2. Stammstrecke in München: Sie ist zentrales Rückgrat einer zukunftsfähigen Schieneninfrastruktur der Münchner S-Bahn, dabei setzen wir auf eine kostenbewusste planerische Begleitung und Überwachung. Andere GVFG-Projekte im Flächenland Bayern dürfen dabei nicht ins Hintertreffen geraten.

Den Güterverkehr wollen wir gezielt auf Schiene oder Wasserstraße verlagern und Güterverkehrszentren und Umschlagplätze weiter ausbauen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Brenner-Nordzulauf mit maximaler Anwohnerfreundlichkeit umgesetzt wird, insbesondere im Wege einer Untertunnelung wie in Tirol. Wir brauchen einen Konsens in der Region. Zur Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner und für die Sicherheit des Verkehrs im Inntal und am Brenner wollen wir zumindest auf ein Slotsystem für LKW drängen. Dabei ist auch auf intelligente Verkehrssteuerung mit Echtzeitdaten zu setzen.

Wir setzen auch im Schienenverkehr auf Technologieoffenheit und fördern die Erprobung und den Einsatz von Wasserstoffzügen oder anderen lokal emissionsfreien Antrieben auf geeigneten Strecken.

Die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs wollen wir im ganzen Land deutlich erhöhen und das Angebot gemeinsam mit den Kommunen ausbauen, um gleichwertige Verhältnisse im ganzen Land herzustellen.

Wir unterstützen die Kommunen auch durch eine transparente, verlässliche und kontinuierliche Finanzausstattung der kommunalen Aufgabenträger. Bei der Förderung von Bussen treiben wir klimaneutrale Antriebe voran. Unser Ziel sind pro Jahr 400 klimaneutrale Busse.

Den Luftverkehr wollen wir umweltbewusst und sicher weiterentwickeln. Über die Notwendigkeit einer dritten Start- und Landebahn am Flughafen München gibt es unter den Koalitionspartnern unterschiedliche Auffassungen. Die Planungen für deren Bau werden daher auch während der aktuellen Legislaturperiode nicht weiterverfolgt. Den Dialog mit den Nachbarkommunen im Nachbarschaftsbeirat wollen wir verstärken. Wir setzen uns die Erarbeitung eines vertieften bayerischen Flughafenkonzepts zum Ziel.

4. Für eine gesunde und hochwertige Landwirtschaft

Unsere bayerische Agrarstruktur ist ein Glücksfall und einzigartiges Erfolgsmodell. Die kleinteiligen und stabilen Familienbetriebe sind ein Garant für Ernährungssicherung, höchste Qualität, Tierwohl und Umweltschutz. Unsere Almbauern, Fischer, Gärtner, Imker, Jäger, Land- und Forstwirte, Teichwirte, Waldbauern und Winzer sind das Herzstück des ländlichen Raums. Ihre tägliche Arbeit ist Fundament unseres Wohlstands und der Schönheit unserer Heimat. Mit kraftvollen, konkreten Maßnahmen wollen wir deshalb die gesamte Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in Bayern weiter stärken. Konventionelle Landwirtschaft ist für uns dabei genauso wertvoll und wichtig wie der biologische Landbau. Am bewährten Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ halten wir fest. Wir setzen auf eine Politik des Vertrauens statt auf eine Verbotskultur aus Brüssel oder Berlin. Unser Ziel ist eine produktive, ökonomisch erfolgreiche und umfassend nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die die Verbraucherinnen und Verbraucher auch in Zukunft mit ausreichend gesunden, hochwertigen und erschwinglichen Lebensmitteln versorgen kann.

Wir vereinbaren daher:

Die Bayernkoalition ist weiterhin ein verlässlicher Partner für die bayerische Landwirtschaft. Grundlage für die künftige Landwirtschaftspolitik ist der mit dem Bayerischen Bauernverband geschlossene Zukunftsvertrag. Mit einem einzigartigen Investitions- und Fördervolumen ist er ein neuer Jahrhundertvertrag für die bayerische Land- und Forstwirtschaft. Damit setzen wir unseren eigenen bayerischen Weg in der Agrarpolitik fort und legen ein klares Bekenntnis für unsere bäuerliche Landwirtschaft ab. Wir treffen Weichenstellungen in allen wichtigen Bereichen, darunter der Schutz des Eigentums, der Erhalt der bäuerlichen Tierhaltung, die Weiterentwicklung von Pflanzenbau und Flächenmanagement, das aktive Wassermanagement und der Wasserschutz, die Digitalisierung und Entbürokratisierung der Landwirtschaft und der Ausbau gesunder regionaler Ernährung.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) grundlegend überarbeitet wird, um sie einfacher und nachvollziehbarer zu machen. Direktzahlungen müssen dabei auch in Zukunft einkommenswirksam für unsere bäuerlichen Familienbetriebe bleiben und an deren Bedürfnissen ausgerichtet

werden. Im Zuge der Weiterentwicklung der GAP ab 2028 werden wir deshalb frühestmöglich einen eigenen bayerischen Vorschlag in die Debatte einbringen. Europäische Regelungen wie den Green Deal werden wir Eins-zu-Eins umsetzen und kritisch begleiten.

Zu einer Politik des Vertrauens gehört auch eine freie, nicht von Bürokratie erdrosselte Land- und Forstwirtschaft. Wir streben daher auf allen Ebenen ein Auflagenmatorium an.

Für bundes- und europarechtliche Vorschriften führen wir ein „Bürokratie-Frühwarnsystem“ und einen Landwirtschaft-Praxis-Check ein. Für die Vor-Ort-Kontrollen streben wir eine Konzentration auf möglichst einen Termin im Jahr an.

Die Tierhaltung ist und bleibt die tragende Säule der bayerischen Landwirtschaft. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Tierhaltung und stehen zum Fleisch als regionalem Nahrungsmittel.

Eine staatlich angeordnete Reduktion des Viehbestands, ein Verbot der Anbindehaltung oder eine Einschränkung der Kombihaltung bei Milchviehbetrieben lehnen wir entschieden ab. Wir stemmen uns gegen nationale Alleingänge, die zu einer Schwächung der heimischen Nutztierhaltung und zum Import von Tierleid führen.

Wir geben den bayerischen Land- und Forstwirten ein Versprechen: Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Schäden von tierhaltenden Betrieben durch geschützte Beutegreifer (u.a. Fischotter, Wolf, Bär) abzuwenden. Insbesondere den Schutz der Weidehaltung und der Teichwirtschaft werden wir durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. die Bayerische Wolfsverordnung oder die Verordnung zur leichteren Fischotter-Entnahme, weiter gewährleisten. Gleichzeitig wollen wir, dass entstandene Schäden ausgeglichen werden. Wir werden die rechtliche Zuordnung des Wolfs in Abhängigkeit von bundes- und europapolitischen Entwicklungen regelmäßig überprüfen.

Die Förderung kleiner Schlachtbetriebe führen wir fort. Die erfolgreiche Weideschlachtung bauen wir aus. Wir werden weiterhin alles tun, die bayerischen Tierbestände vor der Einschleppung von Seuchen zu schützen.

Landwirtschaftlicher Grund und Boden soll in Bauernhand bleiben. Vorgaben für Flächenstilllegungen zu Lasten der Landwirtschaft lehnen wir deshalb klar ab. Vielmehr setzen wir auf den bewährten Grundsatz „Schützen und Nützen“.

Regionale Vermarktung wollen wir kraftvoll fördern und Direktvermarktung weiter flexibilisieren und stärken. Die Marke Bayern werden wir weiter stärken. Hierzu entwickeln wir die bayerischen Gütesiegel und Herkunftsbezeichnungen fort. Die große Bedeutung der Hauswirtschaftlichen Dienstleistungen für die Gesellschaft und der Landfrauen für Landwirtschaft und Gesellschaft werden wir dabei besonders herausstellen. Wir werden zunehmende marktbeherrschende Strukturen bekämpfen. Wir wenden uns entschieden gegen Werbeverbote von Lebensmitteln.

Die Kantinen in staatlicher und öffentlicher Trägerschaft sollen eine Vorreiterrolle übernehmen und bis 2025 mindestens 50 % regionale Erzeugnisse (bio oder konventionell) einsetzen. Für Kitas und Schulen wollen wir ein Angebot an regionalen Mahlzeiten mit geeigneten Versorgern schaffen.

Wir bauen den Ökolandbau weiter nachfrageorientiert aus und unterstützen die Landwirtinnen und Landwirte mit einem breiten Maßnahmenbündel aus Bildung, Beratung, Förderung, Forschung, Marktmaßnahmen sowie dem erfolgreichen Ansatz der staatlich anerkannten Öko-Modellregionen. Dabei setzen wir darauf, die Produktion an der Entwicklung des Verbrauchs auszurichten. Unsere Ökomodellregionen haben sich bewährt.

Ferner wollen wir regionale Erzeugergemeinschaften stärker unterstützen. Landwirtinnen und Landwirte werden wir dabei unterstützen, ihr Einkommen stärker zu diversifizieren. Wichtige Elemente hierfür bilden der Urlaub auf dem Bauernhof und touristische Leistungen.

Neue Trends im Lebensmittelbereich, z.B. Novel Foods, wollen wir frühzeitig erkennen und nutzen, ohne sie jedoch ideologisch und zwanghaft zu betreiben. Wir stehen für selbstbestimmte Verbraucherentscheidungen ein und lehnen Verbote bei Lebensmitteln ab.

Wir wollen die Potentiale der neuen Züchtungstechniken für die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen erschließen, ohne dabei nach streng wissenschaftlichen Kriterien das Vorsorgeprinzip und die Gentechnikfreiheit Bayerns aufzugeben.

Wir wollen den Wandel aktiv begleiten. Hierzu wollen wir mehr Digitalisierung und mehr Innovationen in der Landwirtschaft ermöglichen. Um dies zu erreichen, bauen wir unser Kompetenznetzwerk Digitale Landwirtschaft Bayern weiter aus. Wir initiieren und unterstützen den Aufbau eines Agrardatenraums Bayern. Wir wollen den Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft erleichtern und prüfen dazu die Rückholungen von Zuständigkeiten nach Bayern.

Wir streben eine Pflanzenschutzmittelreduktion auf wissenschaftlicher Basis und mit Folgenabschätzung an.

Bei der Düngetechnik setzen wir auf weitestgehende Ausnahmen und Härtefallregelungen für das Düngen. Beim Bund setzen wir uns in diesem Zusammenhang für verursachergerechte Regelungen und eine Überprüfung der DüngeVO ein. Gleichzeitig starten wir eine bayerische Forschungsinitiative zur Entwicklung und Erprobung von innovativen umweltschonenden Ausbringetechniken.

Nachhaltige Forstwirtschaft ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erhalt des Lebens- und Wirtschaftsraums Wald. Wir wollen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer und Forstbetriebe bei ihrem Beitrag für dieses wertvolle Ökosystem auf der Grundlage des Waldpakts unterstützen und gleichzeitig mit dem Staatswald eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir stehen zu einem sorgsamem Umgang mit unserer anvertrauten Natur und Tierwelt auf hohem ethischen Standard.

Die bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer haben durch ihre nachhaltige Bewirtschaftung das Vertrauen der Bevölkerung verdient. Der in der Landwirtschaft

bewährte Grundsatz „Schützen und Nützen“ ist daher zu Recht auch die Maxime der bayerischen Forstpolitik.

Jagd und Forstwirtschaft gehen hierbei Hand in Hand und benötigen sich gegenseitig. Wir prüfen gemeinsam mit allen betroffenen Verbänden, das forstliche Gutachten einvernehmlich weiterzuentwickeln und fachlich zu stärken. Das bewährte, an Grund und Boden gebundene Jagdrecht wollen wir erhalten. Verschärfungen des Waffenrechts und Beschneidungen des Jagdrechts lehnen wir ab.

Im Hinblick auf die Beschäftigten der Bayerischen Staatsforsten wollen wir die Durchlässigkeit zwischen Forstdienst und Staatsforsten verbessern.

Mit der Verwaltung für Ländliche Entwicklung ermöglichen wir eine nachhaltige und ressourcenschonende Weiterentwicklung ländlicher Regionen in Bayern. Die bewährten bedürfnisorientierten Instrumente der Ländlichen Entwicklung führen wir fort und entwickeln wir weiter. Dabei setzen wir auf den Ausbau und die Intensivierung regionaler Netzwerke und interkommunaler Kooperationen.

5. Für einen lebendigen Medienstandort

Bayern ist ein bedeutender Medienstandort. Wir wollen ihn erhalten und ausbauen. Denn eine gesunde und vielfältige Medienlandschaft ist nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für unser Land, sondern auch ein zentraler Stützpfeiler für ein friedliches, demokratisches und gemeinschaftliches Zusammenleben in Staat und Gesellschaft. Dies gilt umso mehr angesichts zahlreicher Herausforderungen durch Fake News und Desinformationskampagnen, aber auch durch Künstliche Intelligenz, die zunehmende Marktmacht globaler Konzerne und eine schwieriger werdende Erlössituation bei vielen Medienbetrieben.

Das duale System aus öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk hat sich bewährt. Wir halten an ihm als unverzichtbarem Element der freien Meinungsbildung und Meinungsvielfalt fest. Es sollen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Medienunternehmen geschaffen werden. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass die in Bayern bestehende und sehr gut funktionierende Medienlandschaft in ihrer lokalen, regionalen, landesweiten und nationalen Ausrichtung auch im digitalen Wettbewerb nicht zur Disposition steht, sondern gestärkt wird. Auch die Medienbetriebe müssen hier ihren Beitrag leisten.

Wir vereinbaren daher:

Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Demokratie ist unverändert hoch. Seine Aufgabe ist es, durch seine Angebote der Bildung, der Information, der Beratung und Unterhaltung die gesellschaftliche Vielfalt in ihrer ganzen Breite abzubilden. Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks soll insbesondere auch unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Beitragsstabilität vorangetrieben werden.

Der Umgang mit neuen Medien wie Social Media und deren Risiken und Herausforderungen ist ein bedeutendes Thema für den demokratischen Diskurs. Deswegen setzen wir uns weiter für die Förderung von Medien- und digitaler Kompetenz ein.

Gleichzeitig setzen wir uns für eine Weiterentwicklung und dauerhaft auskömmliche Finanzierung regionaler und lokaler Rundfunkangebote ein. Wir möchten damit die

flächendeckende Versorgung mit aktuellen und verlässlichen Informationen „aus der Region für die Region“ nachhaltig sicherstellen.

Mit Blick auf das Auslaufen sämtlicher analoger Frequenzzuweisungen für den Hörfunkbereich im Jahr 2025 ist die Entscheidung darüber, wie Radio künftig verbreitet wird, von erheblicher Bedeutung für den Medienstandort Bayern. Nur mit wirtschaftlich erfolgreichen und gesunden privaten Radioanbietern können wir die einzigartige Medienvielfalt in Bayern auch weiterhin erhalten und nachhaltig stärken. Wir wollen deshalb zusammen mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien die UKW-Frequenzen bis zum Jahr 2035 verlängern. Ein Abschalten von UKW wird es erst geben, wenn die wirtschaftliche Tragfähigkeit der privaten Radiobranche dies zulässt. Zum Ausgleich wollen wir die Digitalisierung des Hörfunks in Bayern weiterhin fördern und dabei digitale Anbieter besonders unterstützen.